

der stacheldraht

FÜR FREIHEIT, RECHT UND DEMOKRATIE

13017

Nr. 4/2013



Aufstand in Workuta 1953

Fluchthilfe im geteilten Deutschland

Der Diktator Kim Jong-un

Aktuell

- 3 Hilfszahlungen in Gang gekommen
Rätselhafte Ablehnung
Stollberg kauft Burg Hoheneck
Stasi im bulgarischen Parlament
Dokumentiert

Recht

- 4 Auch Angehörige können Leistungen erhalten
Petition unterstützen!

International

- 5 Allumfassender Herrscher

Special

- 6 Fluchthilfe: Riskante Aktionen

Geschichte

- 8 Workuta: Das System wirkte fort

Interview

- 10 Jugendprotest im Ostseebezirk

Berichte

- 11 Die bittersten Jahre seines Lebens
- 12 Gedenkstätte auf dem Weg
- 13 Ein Kreuz von den Bürgern der Stadt

Verbände

- 14 Tagung zum Workuta-Aufstand
Gegenwind
Wir brauchen 200 Mitglieder!
Bautzen-Komitee
Das Verfahren der Deulings
- 15 Forum zur Aufklärung
Heinz Lehmann
Leserbrief

Zeitzeugen

- 16 Die kleine Geschichte

Service/Bücher

- 17 Die Toten von Hoheneck
- 18 Bürgerliche Existenz vernichtet
Umerziehung
- 19 Unangepaßt
Buchtip

Service/Veranstaltungen

- 17–19

Umschlagbild:

Gedenkfeier für die Opfer des NKWD-Lagers Tost im Mai 2013 im heutigen Toszek (Polen). Erzbischof Alfons Nossol gedenkt vor dieser Namenstafel auch der Toten, die 1945 zwar aus dem Lager entlassen wurden, jedoch noch am Ort starben (s. S. 13).

Foto: Ludwig Börner

Respekt statt Hierarchie


Von Horst Schüler

Wer besetzt den ersten Platz in der Rangliste einer Opfer-Hierarchie? Die Opfer der Nazi-Diktatur oder die Opfer des stalinistischen Kommunismus? Darum geht es, darum der Streit, den Historiker mit Zeitzeugen führen, der mit dem von Professor Wolfgang Benz herausgegebenen Buch „Ein Kampf um Deutungshoheit“ seinen vorläufigen Höhepunkt fand. Schlichte Gemüter mögen solche Auseinandersetzung für überflüssig halten, denken vielleicht gar, beide Herrschaftssysteme haben Millionen ermordet und in ihren Kerkern gefangen gehalten, warum da überhaupt eine Hierarchie? Waren doch schließlich auch die Abgeordneten des Europa-Parlaments in großer Mehrheit solcher Meinung, als sie den 23. August zum europaweiten Gedenktag für die Opfer aller(!) totalitären und autoritären Regime erklärten. Dem vorausgegangen war eine internationale Konferenz in Prag, die den europäischen Gedenktag vorgeschlagen hatte, unterzeichnet auch von unserem jetzigen Bundespräsidenten Joachim Gauck. Und die Bundesregierung begrüßte und unterstützt dies. In einer Stellungnahme ihres Presse- und Informationsamtes ließ sie verlauten, Nazismus und Stalinismus würden als gleichermaßen verderblich angesehen. Warum also Hierarchie?

Doch so einfach denken eben nicht alle, vor allem Wissenschaftler nicht. Sie verweisen auf die historischen Unterschiede zwischen dem nazistischen Völkermord und den Verbrechen des Stalinismus. Sie befürchten, daß die Suche nach Analogien der Diktaturen dazu führen könne, essentielle Übereinstimmungen der beiderseitigen Verbrechen zu belegen. Vor allem aber wehren sie sich dagegen, daß eine europäische Erinnerungskultur von staatlicher oder politischer Seite per Dekret vorgeschrieben wird, gewissermaßen als moralisches Verdikt, das geschichtliche Prozesse ausklammere. Letztlich könne es dazu kommen, den stalinistischen Terror als grausamer zu beurteilen als den Holocaust, wie etwa der britische Historiker Norman Davis, als er meinte, der sowjetische Terror habe in bestimmten Phasen den der Nazis übertroffen.

„Eine Trivialisierung des Holocaust?“ ist der Titel eines Beitrages von Dr. Juliane Wetzel in dem Buch von Prof. Benz. Darin schreibt sie, eine Nivellierung beider Regime werde den Opfern nicht gerecht, weil sie „das Spezifikum der jeweiligen Terrorregime ausblendet“. Und mit Blick auf die baltischen Staaten, auf Polen und die Ukraine, wo Teile der örtlichen Bevölkerung die Nazis beim Ermorden der Juden unterstützten, später jedoch Opfer des stalinistischen Terrors wurden (also erst Täter und dann Opfer) heißt es: „Nicht berücksichtigt wird dabei vor allem die Tatsache, dass Opfer des Stalinismus zu Kollaborateuren des NS-Regimes werden konnten.“ Dabei vergißt Frau Wetzel allerdings zu erwähnen, daß es umgekehrt auch Opfer der Nazis gab, die später in der DDR Täter wurden, die halfen, politisch Andersdenkende einzukerkern, zumindest das wohlwollend duldeten. Warum bezieht sie das in ihre Wertung nicht auch mit ein?

Was aber sagen wir nun, wir, die den Terror der Kommunisten erlitten, ohne bei den Nazis schuldig geworden zu sein? Wir wissen, daß unsere Erfahrungen von Emotionen, als Folge erlittenen Leids in Kerkern und Lagern, geprägt sind. Wir wissen auch, daß geschichtliche Epochen nur von Wissenschaftlern und Zeitzeugen gemeinsam aufgearbeitet werden können, in gegenseitigem Respekt. Streben wir dabei eine Opfer-Hierarchie an, eine Gleichstellung mit den Geschundenen des Nazi-Regimes? Ich denke, die meisten von uns sind es zufrieden, wenn wir in der Öffentlichkeit als Widerständler gegen eine Diktatur wahrgenommen und geachtet werden. So wie wir auch den Nazi-Terror, vor allem aber den Holocaust in seiner industriell anmutenden Grausamkeit als einmalig grauenhaftes Verbrechen werten, als das absolut Böse, und als Fixpunkt einer einheitlichen europäischen Erinnerungskultur, wie es vor Jahren in einer „Stockholmer Erklärung“ von 47 Regierungschefs hieß.


Das war zwar denn auch ein Dekret. Aber man muß das ja nicht stets ablehnen. 

Hilfzahlungen in Gang gekommen


(zo) Die Opfer der Heimerziehung in der frühen Bundesrepublik und in der DDR haben bislang rund 30 Millionen Euro Hilfen erhalten. An ehemalige Heimkinder im Westen wurden rund 25 Millionen Euro ausbezahlt, Betroffene im Osten erhielten rund 5 Millionen Euro. Das geht aus dem Zwischenbericht zur Umsetzung der Empfehlungen des Runden Tisches zur Heimerziehung hervor, mit dem sich das Bundeskabinett befaßt hat.

Zehntausende Kinder und Jugendliche wuchsen in der Nachkriegszeit in Erziehungsheimen auf. Häufig waren sie ihren ledigen, nicht volljährigen Müttern weggenommen und in Heime eingewiesen worden. Oder es handelte sich um Jugendliche, die als schwer erziehbar bezeichnet wurden, weil sie mit ihren Eltern in Konflikt geraten waren. In den Heimen mußten sie häufig schwer arbeiten. Viele Kinder wurden geschlagen, drangsaliert und zum Teil sexuell mißbraucht.

Viele ehemalige Heimkinder leiden noch heute unter psychischen Störungen. In der Bundesrepublik waren die Heime Mitte der 1970er Jahre aufgelöst worden, u.a. infolge der Ende der 1960er Jahre in der Pädagogik eingeleiteten Reformen. Die DDR hielt bis 1989 am drakonischen Erziehungsstil fest.

In den Fonds Heimerziehung West haben der Bund, die westdeutschen Länder und die Kirchen laut Zwischenbericht knapp 43 Millionen Euro eingezahlt. Der Fonds für Opfer der DDR-Heimerziehung enthält 7,5 Millionen Euro. Der West-Opferfonds arbeitet seit Anfang 2012. Für Opfer der DDR-Heimerziehung gibt es den Fonds seit Juli 2012. Die Fondsleistungen würden von den Opfern sehr gut angenommen, heißt es in dem Bericht des Bundesfamilienministeriums. Die Träger der Heime haben in der Regel keine Beiträge zur Rentenversicherung für die geleisteten Arbeiten der Jugendlichen eingezahlt. 

Stollberg kauft Burg Hoheneck


Wie Radio Erzgebirge meldete, will die Stadt Stollberg Burg Hoheneck kaufen. Für 160 000 Euro soll das ehemalige Frauengefängnis seinen Besitzer wechseln. Das hat der Stadtrat in seiner Sitzung am 4. Juni beschlossen. Geplant ist, die Gebäude mit Fördermitteln zu sanieren. Anschließend soll die Technikausstellung „Phänomenia“ von Glauchau nach Hoheneck umziehen. Vorgesehen ist auch, daß der Förderverein Gedenkstätte Stollberg einen Teil des Komplexes nutzt. Der Südflügel soll im Originalzustand erhalten werden und für Führungen zur Verfügung stehen. Insgesamt wird das Vorhaben 5,8 Millionen Euro kosten. Rund 4,1 Millionen Euro könnten eventuell mit Fördergeldern abgedeckt werden. 

Stasi im bulgarischen Parlament

(klz) Laut bulgarischen Medien haben es wieder zwölf Personen mit Stasi-Vergangenheit in das bulgarische Parlament geschafft. Von den zwölf Abgeordneten mit Beziehungen zu den ehemaligen kommunistischen Geheimdiensten gehören jeweils vier den Sozialisten (BSP) und der türkischen Minderheitspartei an, drei der bürgerlichen GERB und einer den Nationalisten von Ataka. Alle Versuche der Überprüfung auf ehemalige Stasi-Mitarbeit waren in den letzten 16 Jahren am Verfassungsgericht gescheitert. 

Rätselhafte Ablehnung

(PM) Am 5. Juni 2013 hat die rot-rote Regierungskoalition im Land Brandenburg den Antrag der CDU-Fraktion „Patientenunterlagen sichern und auswerten, um mögliches Unrecht an Patienten aufzuklären“ im Landtag abgelehnt. Dazu sagte der gesundheitspolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Landtag Brandenburg, Prof. Dr. Michael Schierack: „Es ist für mich überhaupt nicht nachvollziehbar, weshalb die rot-rote Regierungskoalition den Antrag zur Aufklärung der Pharmatests abgelehnt

hat. Glaubwürdige Gründe zur Ablehnung des Antrages hat die Koalition nicht angeführt. Eine gemeinsame Initiative der Fraktionen im Landtag wäre ein wichtiges Signal für Betroffene, Opferverbände und alle ehemaligen DDR-Bürger.“ Der Vorsitzende der CDU-Fraktion im Landtag Brandenburg, Dieter Dombrowski, äußerte dazu: „Offensichtlich hat die Linke in Brandenburg gemauert. In anderen ostdeutschen Bundesländern haben SPD und CDU gemeinsam Anträge zur Aufklärung eingebracht.“ 

Dokumentiert

17. Juni soll Denk-Tag werden

Die Auseinandersetzung Deutschlands mit der eigenen Verbrechensgeschichte im Nationalsozialismus gilt mittlerweile international als glaubwürdig, ja vorbildlich. Wie sieht es aber mit der deutschen Geschichte nach 1945 aus?

Die Wissenslücken über die Jahrzehnte nach 1945 – jenes halbe Jahrhundert, das dem wiedervereinten Deutschland vorausging – klaffen erschreckend. Daran ändern auch einzelne engagierte Schulen wie beispielsweise das Domgymnasium Magdeburg nichts, das für alle Schüler der 10. Klassen jährlich zwei Projektstage zur Geschichte der DDR bereithält, gemeinsam mit der Gedenkstätte Moritzplatz und der Gedenkstätte Marienborn. Weitaus gängiger ist das, was Matthias Prónay, Lehrer am Berufskolleg Ratingen (NRW), konstatiert: „Befragt man Jugendliche, die nach 10 Pflichtschuljahren an unser Berufskolleg wechseln, nach Inhalten zu den Schlagworten Luftbrücke, DDR, Mauerbau, RAF, Friedensnobelpreisträger Willy Brandt, Gastarbeiter, Wiedervereinigung, dann erhält man als Lehrer zu 98% der Fälle die

Antwort: ‚Haben wir nicht gehabt!‘ In der Regel endet das Wissen dieser Jugendlichen mit dem Kriegsende 1945...“

Der 17. Juni – jener Tag des großen und tragisch gescheiterten Volksaufstandes in der DDR, der einen passenden Tag der deutschen Einheit abgegeben hätte, eignet sich besonders auch als Gedenk- und Denktage für deutsche Geschichte ab 1945. Denn er steht für den Mut vieler Menschen, die sich unter großer Bedrohung 1953 leidenschaftlich zur Demokratie bekannten. Statt des kurzen Gedenk-Rucks aller fünf bis zehn Jahre sollten um den 17. Juni Projektstage für Schüler in Bildungseinrichtungen fest installiert werden!

Wir bitten daher den Bundespräsidenten sowie Vertreter der Parteien, den 17. Juni zum Denk-Tag über deutsche Geschichte nach 1945 zu ernennen!

Freya Klier (Regisseurin des Dokumentarfilms „Wir wollen freie Menschen sein. Volksaufstand 1953“), Dr. Helmut Nicolaus, Pfr. Andreas Bertram, Rainer Eppelmann, Jens Planer-Friedrich, Siegfried Reiprich – für den Vorstand des Bürgerbüros e.V. –

Auch Angehörige können Leistungen erhalten

Zu Anträgen an die Stiftung für ehemalige politische Häftlinge

Aus gegebenem Anlaß soll noch einmal auf die Unterstützungsleistungen der Stiftung für ehemalige politische Häftlinge in Bonn im Zusammenhang mit dem Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz (StrRehaG) bzw. nach § 10 Abs. 4 Häftlingshilfegesetz (HHG) hingewiesen werden. Mit Inkrafttreten der sogenannten Opferrente gewährt die Stiftung nunmehr nur noch Leistungen an ehemalige politische Häftlinge, die bis zu 179 Tagen in politischer Haft verbracht haben. Voraussetzung für die Leistungsgewährung ist die strafrechtliche Rehabilitierung bzw. eine Bescheinigung nach §10 Abs. 4 HHG.

Nach wie vor werden unter gleichen Voraussetzungen Stiftungsleistungen gewährt an die nächsten Angehörigen (Ehegatten, Kinder, Eltern) von ehemaligen politischen Häftlingen, die im Verlaufe der Zeit verstorben sind, auch dann, wenn die verstorbenen Angehörigen zwischenzeitlich bereits die Opferrente bezogen haben. Maßgeblich für die Gewährung von Leistungen für den genannten Personenkreis ist allerdings der Nachweis der Bedürftigkeit des Antragstellers. Deshalb sollten die folgenden, von der Stiftung derzeit in Anwendung gebrachten Bemessungsrichtwerte nicht wesentlich überschritten werden. Nach Abzug von Miete, einschließlich der Mietnebenkosten bzw. der monatlichen Aufwendungen für eine Eigentumswohnung/ Eigenheim, beträgt die Einkommensgrenze (Netto-Einkommen) für Alleinstehende 950 Euro, bei Ehepaaren und anderen Haushalten mit zwei Personen 1300 Euro, bei weiteren im Haushalt lebenden Erwachsenen bzw. Kindern erhöht sich die Einkommensgrenze um jeweils 500 Euro.

Des weiteren gewährt die Stiftung eine Versicherungspauschale von derzeit 40 Euro. Die monatliche Miete ist nachzuweisen; die Miethöchstleistung ist begrenzt auf 720 Euro. Stromnachweise können nur berücksichtigt werden, wenn ausschließlich mit Strom geheizt werden kann, ansonsten sind sie dem Antrag nicht beizufügen, ebenso wie z.B. Telefonrechnungen, Zuzahlungen für Medikamente und medizinische Leistungen. Der Nachweis der Schwerbehinderung sollte erbracht werden, dafür gibt es einen Bonus.

Einzugehen wäre noch auf die unmittelbare Mitbetroffenheit der Hinterbliebenen. Grundsätzlich gilt, daß Kinder vor oder während der Haft geboren und Ehen

Wichtiger Hinweis

Die Stiftung hat neue Antragsformulare herausgegeben. Bitte die bisherigen nicht mehr verwenden und die jetzt gültigen abfordern (s. auch Nr. 3/2013, S. 4).

geschlossen sein sollten. Da es aber immer um Einzelschicksale geht, kann es auch Ausnahmen geben, und man sollte die Antragstellung wagen.

Leider ist es der Stiftung nicht möglich, denjenigen Antragstellern Leistungen zu gewähren, die auf Grund ihrer politischen Vergangenheit nur eine geringe Altersrente beziehen und selbst mit der Opferrente und eventuellen Ausgleichsleistungen nach dem BerRehaG oft weit unter der Bemessungsgrenze für die Be-

willigung der Stiftungsleistungen liegen. Der Stiftung sind die Hände gebunden, denn das StrRehaG schließt die gleichzeitige Zahlung von Opferrente und Stiftungsleistungen aus (s. Artikel unten).

Anträge auf Unterstützungsleistungen können auch die nächsten Angehörigen von aus politischen Gründen Hingerichteten, Maueropfern, von den während der Haft oder im Anschluß an den Haftfolgen Verstorbenen stellen, ebenso wie die nächsten Angehörigen der im Zusammenhang mit dem 17. Juni 1953 Getöteten. Bei Letztgenannten setzt die Leistungsgewährung allerdings voraus, daß die nächsten Angehörigen ihre Berechtigung durch Vorlage eines Bescheides nach dem Verwaltungsrechtlichen Rehabilitierungsgesetz nachweisen, wonach der Tod ihres Angehörigen auf Maßnahmen zur Niederschlagung des 17. Juni zurückzuführen ist. Bei Nichtvorliegen dieser Bescheinigung kann ein entsprechender Antrag bei der Reha-Behörde des Bundeslandes gestellt werden, in dem der Betroffene zu Tode kam. Diese Leistungen werden ausschließlich auf Antrag gewährt, ohne daß der Antragsteller wie in erstgenannten Fällen den Nachweis seiner wirtschaftlichen Situation erbringen muß. Anträge können von jedem einzelnen nächsten Angehörigen gestellt werden. Die von der Stiftung gewährten Leistungen können wiederholt bewilligt werden, in der Regel aber frühestens nach Ablauf von zwölf Monaten nach dem Tag der vorangegangenen Zahlung. Nähere Auskünfte und auch Anträge sind zu erhalten unter Tel. (030) 55 49 63 34.

Elke Weise Juristin
BSV-Förderverein für Beratungen

Petition unterstützen!

Die Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG) wandte sich am 16. April 2013 an den Petitionsausschuß des Deutschen Bundestages mit der Forderung, dem Personenkreis derjenigen, die nach den Kriterien der Stiftung für ehemalige politische Häftlinge in Bonn weiterhin bedürftig sind, obwohl sie die besondere Zuwendung für Haftopfer (Opferrente) erhalten, die Gewährung einer zusätzlichen Unterstützung durch die Stiftung zu ermöglichen. Bisher sind ehemalige politische Haftop-

fer, die sich wirtschaftlich in schwieriger, oftmals dramatischer Lage befinden, von einer Unterstützungsleistung der Stiftung ausgeschlossen, sobald sie Empfänger der besonderen Zuwendung für Haftopfer sind.

Der Kreis der Berechtigten ließe sich in der Praxis auf besondere Härtefälle begrenzen, definiert zum Beispiel durch ein Einkommen weit unter Richtwert, eine lange Haftzeit und gesundheitliche Schädigungen infolge der Haft.

Wer die aktuelle Petition der UOKG unterstützen möchte, wende sich bitte unter Angabe der Stichworte „Strafrechtliche Rehabilitierung der Opfer des SED-Regimes“ und der Petitionsnummer pet 4-17-07-350-049108 an die folgende Adresse:

Deutscher Bundestag, Petitionsausschuß, Platz der Republik 1, 11011 Berlin, E-Mail post.pet@bundestag.de, Fax (030) 22 73 60 53

Carola Schulze

Allumfassender Herrscher

Der nordkoreanische Diktator Kim Jong-un

Wieviel wurde in den zurückliegenden Wochen und Monaten über ihn geschrieben, wie oft machte sein Name Schlagzeilen im Zusammenhang mit seinen Androhungen eines Atomkriegs gegen Süd-Korea und sogar gegen die USA.

Dabei weiß man nicht viel über ihn, manches ist unklar oder aus Propagandagründen direkt gelogen. Das beginnt bei der Behauptung, sein Vater Kim Jong-il sei 1942 am Berg Paktu geboren, wo vor 2000 Jahren das Reich Chosun (Korea) gegründet wurde – in Wahrheit wohnten seine Eltern damals in einem sibirischen Dorf bei Chawarowsk am Amur-Fluß. Die Fortsetzung dieser Kim-Familien-Dynastie mit dem jetzigen Diktator wird dann auch mit der (völlig unkommunistischen und eher an die NS-These vom „nordischen Blut“ erinnernden) These von der „Linie des Blutes vom heiligen Berg Paktu“ begründet. Sein Geburtstag ist unbestritten der 8. Januar, höchst umstritten hingegen sein Geburtsjahr: In Seoul geht man von 1983 aus, während Peking an 1984 glaubt. Pjöngjang spricht, wenn überhaupt, von 1982, was allzu gut in das Propaganda-Bild seiner Nachfolge paßt (Kim Il-sung wurde 1912 geboren, Kim Jong-il angeblich 1942). Tatsache ist, Kim Jong-un besuchte unter dem Namen „Pak Chol“ bis 1998 eine Schule

politisch kritisierte, blieben die heimatischen Gelder aus. Im Februar dieses Jahres wurde in Seoul ein nordkoreanischer Agent verurteilt, der den Auftrag hatte, ihn zu ermorden! Offiziell weiß niemand Kim Jong-nams heutigen Aufenthaltsort. Geheimdienstkreise wollen wissen, daß er via Singapur zu den Amerikanern überlief...

Heute jedenfalls besitzt Kim Jong-un die allumfassende Herrschaft über jene „Demokratische Volksrepublik Korea“. Er wurde zum Ersten Sekretär der kommunistischen „Partei der Arbeit Koreas“ und Vorsitzenden der Zentralen Militärkommission „gewählt“. Als Marschall ist er Oberkommandierender des Militärs und Vorsitzender der Nationalen Verteidigungskommission. Das gleiche Bild zeigt sich in der Politik, der Wirtschaft und selbst in der Kultur – in allem. Die Götzenverehrung stellt ihn als umfassendes Genie dar, überall im Lande stößt man auf sein Bild. Daß er bereits vor vier Jahren heiratete, gaben die Medien erst im Juli 2012 bekannt, von der Existenz einer Tochter weiß die eigene Bevölkerung bis heute nichts.

Westliche Politiker, die in den letzten Wochen Gespräche mit führenden nordkoreanischen Funktionären führten, stellten durchweg einen erschreckenden Realitätsverlust fest. Wie schon unter Hitler, Stalin und Honecker sind sie Gefangene der eigenen Propaganda geworden. Sie glauben selbst an ihre Worte, überschätzen völlig die Möglichkeiten ihres Regimes und minimieren die der anderen Staaten.

Wie schon seine Vorgänger verspricht Kim Jong-un seinen Zwangsuntertanen das irdische Paradies, doch noch immer ist jedes vierte Kind chronisch unterernährt, zwei Drittel der rund 24 Millionen Nord-Koreaner leiden unter Versorgungsmängeln. Kim Jong-uns wichtigstes Ziel ist der eigene Machterhalt und der seiner linientreuen Anhänger, die er mit teuren Geschenken an sich bindet – wie Nord-Korea ohnehin in punkto Korruption an erster Stelle unseres Erdballs steht.

Hatte der Diktator in seiner Neujahrsbotschaft von seinem „lebenslangen Verlan-

gen“ nach einer friedlichen Wiedervereinigung und über das Leiden der Menschen im getrennten Korea gesprochen, so zeigte das Fernsehen Pjöngjangs keine drei Monate später einen haßgetränkten Film, in dem Tausende nordkoreanische Soldaten mit Fallschirmen über Seoul abspringen, Panzermassen der „Volksbefreiungsarmee“ die Grenze niederwalzen und in drei Tagen die Einheit vollzogen haben. Daß ein solches Vorgehen schnell zu einem Atom-Krieg führen könnte, wurde mit keinem Wort erwähnt. Sollte Kim Jong-un diese Gefahr etwa nicht gesehen



Foto: David Standley

Zentrale der von Kim Jong-un geführten kommunistischen „Partei der Arbeit Koreas“ in Pjöngjang.

haben, hat niemand ihn darauf aufmerksam gemacht? Allerdings, wer von der Gedankenwelt eines Diktators abzuweichen wagt, lebt gefährlich. Das bedeutet andererseits, daß Ideen, die zu kritischem Nachdenken und Überdenken und damit vielleicht auch zu Verbesserungen führen könnten, allgemein unerwünscht sind.

Nach südkoreanischen Untersuchungen haben seit Kim Jong-uns Machtantritt etwa 200 höhere Offiziere ihren Posten verlassen müssen, im besten Fall wurden sie zwangspensioniert. Wenn ein kaum Dreißigjähriger, der niemals Soldat war, die Armee und deren Führung übernimmt, sind Spannungen zwangsläufig. Mitte Mai dieses Jahres hat Kim Jong-un zum dritten Mal nach seiner Machtübernahme knapp 17 Monate zuvor den Verteidigungsminister austauschen müssen. Das läßt auf tiefere Rivalitäten, auf stärkere Unruhe in den Streitkräften schließen, die gerade in den jetzigen Krisenzeiten ein geschlossenes, einheitliches Bild zeigen müßten.

Ob Kim Jong-un weiß, daß auf seinen Vater zweimal ein – allerdings mißglücktes – Attentat von nordkoreanischen Militärführern verübt wurde?

Friedrich-Wilhelm Schломann

Keine Abschiebung!

(igfm) Die südkoreanische Präsidentin Park Geun-hue hat Nordkorea aufgefordert, die Sicherheit von nordkoreanischen Flüchtlingen zu garantieren, die China nach Nord-Korea abgeschoben hat. Die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) wies darauf hin, daß den Flüchtlingen in Nord-Korea Folter und Tod drohten und die Volksrepublik China durch die Abschiebung bindendes Völkerrecht mißachte.

bei Bern, als angeblicher Sohn des Chauffeurs der nordkoreanischen Botschaft. Die folgenden Jahre liegen ziemlich im Dunkeln.

Zutreffend ist, daß Kim Jong-il drei Söhne hatte und entgegen aller konfuzianisch-koreanischen Tradition Kim Jong-un als Jüngster die Macht erbt. Der zweite Sohn ist nur an Jazzmusik interessiert, gelegentlich tauchte er in München auf. Der Älteste, Kim Jong-nam, mißfiel seinem Vater, er durfte lange Zeit in einem Prunk-Hotel in Macao leben. Als er dann aber seinen jüngsten Bruder öffentlich

Riskante Aktionen

Fluchthilfe im geteilten Deutschland

Von Bernd Lippmann

Als ehemalige Fluchthelfer 2012 mit der höchsten staatlichen Auszeichnung der Bundesrepublik, dem Bundesverdienstkreuz, bedacht wurden, empfand ich ein Gefühl der Dankbarkeit gegenüber dem Bundespräsidenten. Diese Empfindung war politisch, nicht persönlich. Ich selbst war nämlich nicht mit Fluchthilfe befaßt, habe an anderer Stelle versucht, meine politische Pflicht zu tun. Lange Zeit schien eine solche Ehrung nicht selbstverständlich, denn die Desinformationskampagnen der SED gegen Fluchthilfeorganisationen wirken bis heute nach. Ich muß nicht erklären, daß Fluchthilfe eine komplizierte und gefährliche Angelegenheit war. Der großen Zahl der Helden unter den Fluchthelfern steht in der heute einigermaßen überschaubaren Bilanz eine kleine Zahl von Kriminellen gegenüber. Im übrigen verstanden sich viele Fluchthelfer als linke SED-Gegner, nur wenige als linke Antikommunisten. Die Girmann-Organisation zum Beispiel neigte eher der SPD zu, die Klöckling-Organisation eher der CDU. [...]

In ihrer Propaganda gegen die Fluchthilfe-Organisationen war die SED insofern ziemlich erfolgreich, als sie die wenigen Gangster unter den Fluchthelfern und ihre Methoden als charakteristisch für die Fluchthilfe und die Organisationen herausgestellt hat. Die Bezeichnung KMHB gleich „Kriminelle Menschenhändlerbande“ ist kennzeichnend. Die Freilassung politischer Häftlinge gegen geldwerte Leistungen aus dem Westen begründete und begründet(!) die SED mit einer Notwendigkeit, Ausbildungskosten zu erstatten. Davon, daß die SED die Begleichung dieser Kosten gegen die Entlassung aus der Staatsbürgerschaft der DDR angeboten hätte, ist jedoch nichts bekannt. Pure Heuchelei zwar, jedoch nicht wirkungslos. Sie hat dieses Geschäft nie angeboten.

Die Ehrung vieler Fluchthelfer 2012 ist ein Anfang, im öffentlichen Bild moralisch die richtige Relation herzustellen. Häufig wird in der Beurteilung zwischen der rein idealistischen Fluchthilfe und der kommerziellen unterschieden. Auch hier wurde in der Öffentlichkeit so manches falsche Bild erzeugt. Fluchthilfe erforderte immer größere Professionalisierung, und die kostete Geld. Wie auch in anderen Zusammenhängen gelang es der SED und ihren ideologischen Kostgängern im Westen, Geld als etwas Schlechtes erscheinen zu lassen. Gut in ihrer Logik war eben nur das Geld, das sie selbst beanspruchten. Die höchsten Opferzahlen hatten die rein idealistischen, wenig professionellen Gruppen zu beklagen. In der Mauerzeit 1961 bis 1989 wurden mehr als 800 Personen aus fast drei Dutzend Nationen in der DDR inhaftiert. Ende der 70er und in den 80er Jahren scheiterten etwa 70 Prozent aller mit Fluchthelfern realisierten Fluchtversuche. Pro Jahr (außer 1973) waren etwa 250 Fluchtoperationen von Erfolg gekrönt. Im Jahr 1973 waren es etwa 1000, denn nach dem sogenannten Transitabkommen vom Dezember 1971 und ein Jahr später dem Grundlagenvertrag zwischen den beiden Staaten in Deutschland wurden die Kontrollen eine zeitlang stark gelockert. Die Situation lud gleichsam dazu ein, auf dem Parkplatz gleichsam dazu ein, auf dem Parkplatz Personen in den Kofferraum steigen zu lassen. Naheliegenderweise hat das MfS Gegenmaßnahmen ergriffen, um der Fluchtbewegung entgegenzuwirken mit

dem Ziel, ihrer Herr zu werden. Dies gelang der Stasi im wesentlichen auch. In den späten 70er Jahren und den 80er Jahren war es dann extrem schwierig, über die Interzonenstrecken zu flüchten. Zudem wurde das Strafmaß für Fluchthilfe (§ 105) auf „Lebenslänglich“ heraufgesetzt. Maßgeblich ist der Erfolg des MfS auf die Bündelung der Operationen gegen Fluchthelfer in der 1975 gegründeten Zentralen Koordinierungsgruppe (ZKG), die gemäß dem vertikalen Prinzip ihre Ableger als Bezirkskoordinierungsgruppe (BKG) in den Bezirksverwaltungen hatte, zurückzuführen. Mitarbeiter der Linie Koordinierungsgruppe hatten mit 83 Prozent Fachschul- oder sogar Hochschulabschluß ein sehr hohes Ausbildungsniveau. Die Bekämpfung von Flucht und insbesondere Fluchthilfe dürfte für die SED-Führung neben der Wirtschaftsspionage gegen die Bundesrepublik das wichtigste Aufgabenfeld des MfS gewesen sein. [...]

Fluchthilfeorganisationen wurden durch Spitzel unterwandert, ihre leitenden Personen wurden mittels der aus der DDR als Zersetzung bekannten Methode diffamiert. Der IM „Günther Frank“ wurde von der Hauptabteilung VI, also der Dienst Einheit, die für „Verkehr und Touristik“ zuständig war, angeworben. Später spitzelte er für die Abteilung Terrorabwehr, also die XXII. Der Busfahrer „G. Frank“ trat in BVG-Uniform in Bezirksämtern unter den Besuchern aus dem Osten in Erscheinung. Viele sahen in ihm eine staatliche Respektperson, so daß er die alten Leute aushorchen konnte. Sein besonderes Verbrechen aber war die Tötung eines Menschenrechtlers aus dem Fluchthilfe-Milieu. Während seiner Haft in Tegel holten Mittelstufeleute noch viele tausend DM bei der Stasi ab, ein bemerkenswerter und völlig ungewöhnlicher Vorgang. Sein Führungs-offizier war zuletzt Oberst Harry Dahl von der HA XXII, den „G. Frank“ als „Herrn Lorenz“ kannte. Dahl war im übrigen auch für Terroristen aus der Bundesrepublik, die Zuflucht in der DDR fanden, zuständig. Entführungs- und Mordpläne gegen Fluchthelfer sind bis in die 80er Jahre zu konstatieren. Da ist z.B. der Hammer-Mordplan der HA I aus den 60ern gegen den Fluchthelfer Rudi Thurow, später der Buletten-Plan der HA VI gegen Wolfgang Welsch, der einer der effektivsten Fluchthelfer war. Der eingesetzte Spitzel wurde verurteilt, jedoch konnte der auftraggebende General in der Untersuchungshaft Selbstmord begehen. Auch an die Ermordung von Michael Gartenschläger durch eine Killertruppe der HA I ist zu denken, ebenso wie an die Anschläge gegen Kay



Markierung des Fluchttunnels 57 in der Bernauer Straße, Berlin.

Mierendorff oder Julius Lampl. Ungeklärt ist immer noch der Mord an dem wohl effektivsten Fluchthelfer, Hans Lenzlinger. Der Mordplan gegen Rudi Thurow und die Tötung Michael Gartenschlägers waren im Abstand von etwa 15 Jahren jeweils das Werk des Stasi-Generals Karl Kleinjung von der HA I, zuständig für Militär und Grenztruppen. Ich erinnere mich noch deutlich eines Gespräches mit Gartenschläger bei Rainer Hildebrandt, kurz vor seinem Tod. Hildebrandt redete auf ihn ein, flehte ihn gleichsam an, weitere Aktionen an der Grenze zu unterlassen. Man hatte doch schon ein SM 70-Gerät, also eine Selbstschußanlage, die bei Aktivierung scharfkantige metallische Gegenstände herumschoß. Menschen wurden verletzt oder getötet, viele Tiere ebenso. Gartenschläger ließ sich jedoch nicht beirren. Und so lief er in die Falle. Offenbar befand sich ein Verräter in seiner Bekanntschaft, bis heute ist er nicht enttarnt.

Von Zersetzungsmaßnahmen bis zu nackter Gewalt reichte das Spektrum der Operationen des MfS gegen Fluchthelfer. Einige der eingesetzten Spitzel sollen genannt werden: Franz Fischer, Udo, Hardy, Herbert Hildebrandt, Journalist, Luft. „Journalist“ war kein Journalist, aber Luft war einer. Decknamenpsychologie: Brian Jones war ein Anhänger der Rolling Stones, er spitzelte in Redaktionen, die Kontakte zu Fluchthelfern hatten. IM Falke, übrigens ein Falkner, flüchtete aus der DDR. Nach der Flucht krallte sich die Stasi sein Haus, das dann als Liebesnest der HVA für Agenten auf Urlaub diente. Eines Tages plagte ihn das Heimweh. Mit der Verpflichtung als IM erkaufte er sich die Einreisegenehmigung. Da er eine Autowerkstatt im Westteil Berlins, und zwar im Wedding, unterhielt, war er für die Fluchthelfer-Jäger der Stasi interessant. Sein Führungsoffizier war dementsprechend ein leitender Funktionär der Berliner Koordinierungsgruppe. Durch Sonderkonditionen beworben, brachten Zielpersonen der Stasi ihr Auto in diese Werkstatt. [...] IM „Fred“ wollte und sollte Detlef Girmann entführen oder umbringen, Hasso Herschel war Zielperson von „Arno Vogel“. „Franz Fischer“ war sogar Mitglied der SEW, was natürlich die Fluchthelfer, auf die er angesetzt war, nicht ahnten. IM „Friedrich“, ein Kraftfahrer, saß wegen Fluchthilfe lange Zeit in DDR-Haft. In der Haft wurde er für das MfS angeworben, zunächst für die Linie VII, sodann für die XX. Nach der Rückkehr in den Westen schlich er sich wieder in seine Fluchthilfe-Organisation ein. Vom Berliner Kammergericht erhielt er eine hohe Freiheitsstrafe.

Derartige Fälle werden zur Zeit im Rahmen einer Doktorarbeit untersucht. Von den Linien XX/5 und VI wurden die IM „Carola“ und „Streit“ geführt, sie bespitzelten die Fluchthelfer-Szene von Gruppen ehemaliger DDR-Bewohner ausgehend. Die Stasi interessierte sich für „Rückverbindungen“, die dann in Fluchthilfe-Vermittlungen mündeten. „Carola“ und „Streit“ berichteten im Jahr 1987 über einen Vortrag zum Thema „Gorbatschow“, gehalten von einem freien Mitarbeiter des Gesamtdeutschen Instituts vor ehemaligen DDR-Häftlingen und anderen Interessierten. Die Spitzel meldeten unabhängig, daß der Referent das Ende des Kommunismus in Rußland prophezeie, falls Gorbatschow sich durchsetzen könne. Das ließ an André Amalrik denken, der 1970 für das Jahr 1984 das Ende der Sowjetunion als kommunistischer Staat prognostizierte. Er irrte sich um nur 6 Jahre. Und er wurde damals in der Sowjetunion hart bestraft. IM „Backhaus“, ehemaliger Haftkamerad eines Fluchthelfers in Bautzen II, sollte diesen in den Grenzbereich locken, damit er „unschädlich“ gemacht werden könne. Nun, das Ende der DDR kam dazwischen. Die Befehlsstrukturen waren Geschichte. Unter West-Berliner Polizisten gab es so manchen Unterstützer für Fluchthilfeaktionen, insbesondere in den 60er Jahren beim Tunnelbau. Leider fand das MfS aber auch in der Polizei im Westen willige Mitläufer, sogar noch in den 80er Jahren. Zu denken ist etwa an den Fall Kurras aus den 60er und 70er Jahren. Es ist klar, daß dies für die Fluchthelfer gleichsam „tödlich“ war.

Zum Schluß sei noch eine der vielen besonders interessanten Fluchthilfe-Operationen erwähnt. Die SED-gestützte westdeutsche VVN organisierte für den Dezember 1984 eine Klassenfahrt mit Schülern einer 11. Klasse aus Marburg in die DDR. Auf der Rückfahrt versteckten die Schüler einen Flüchtling, was die kommunistisch affinen Lehrer nicht bemerkten. Natürlich wurden die Genossen Lehrer mit ihren Schülern nicht wie

üblich kontrolliert. Dieses Beispiel für Mitmenschlichkeit und Hilfsbereitschaft auch unter bewußter großer Gefahr ließ damals gleichsam auf die Jugend hoffen. Raten Sie mal, wie die Geschichte nach gelungener Fluchthilfe und gelungener Flucht weiterging! Die Marburger Schulbehörde machte Anstalten, die beteiligten Schüler zu bestrafen. Vom „Marburger Schulskandal“ spricht man seitdem.

Fluchthelfer entstammten allen sozialen Schichten, viele berufliche Profile waren vertreten. In den 60er Jahren wurden Tun-



Gedenkkreuz am Todesort Michael Gartenschlägers.

nel in Berlin von Ingenieurstudenten der TU gebaut. Jura-Studenten wie Matthias Bath (heute Staatsanwalt), Unternehmer wie Hartmut Richter oder Lehrer wie Klemens Niemann, auch Pfarrer sind zu nennen, wenn von den Helden der Fluchthilfe die Rede ist. Einer der erste Astronauten Deutschlands, der Physik-Professor Reinhard Furrer, war in seiner Studentenzeit Tunnelbauer. Der Arzt und ehemalige Spitzen-Fluchthelfer Burkhard Veigel soll hier das letzte Wort haben [...]: „Wir studentischen Fluchthelfer haben mehr investiert in die Freiheit unserer Brüder und Schwestern als die ganze Stiftung, als der gesamte Senat zusammen.“ Der Bundespräsident hat dies wohl auch so gesehen. Wie kaum ein anderer kennt Dr. Gauck die Verzweigung vieler Menschen in der DDR, die sich eingesperrt fühlten. Und damit die Leistung, die meist mit der Fluchthilfe verbunden war. Politisch, moralisch, menschlich.

(Der hier leicht gekürzte Beitrag wurde 2012 in Halle vom Autor als Vortrag gehalten.)

Das System wirkte fort

Der Aufstand vom 1. August 1953 in Workuta

Von Gerald Wiemers

Der politische Neuanfang schien in der SBZ greifbar nahe. Doch die Sorge vor einer neuen Diktatur wuchs von Tag zu Tag. Die im Schatten der sowjetischen Besatzung agierenden Kommunisten ließen keinen Zweifel an ihrem absoluten Machtanspruch. Dazu war ihnen jedes Mittel recht. Sogenannte Informanten denunzierten ahnungslose Bürger, die Kritik übten, bei den sowjetischen Dienststellen. In geheimen Verhören, ohne Rechtsbeistand, wurden die Verhafteten durch methodisches Foltern zu

im „Archipel GULag“ gezeißelt, entlarvt und literarisch weltweit bekannt gemacht. Gefangene aus zahlreichen Ländern und unterschiedlicher Nationalität fanden sich in diesem Befehls- und Zwangsregime unter unwürdigsten Bedingungen zusammen. Sie waren als „Politische“ mit Kälte, hohen Arbeitsnormen, unzureichender Hygiene, Krankheiten und Hunger konfrontiert.

Hunderte deutsche Staatsbürger gelangten auf diesem Wege, zwangsweise, gegen ihren ausdrücklichen Willen, entgegen der Verfassung der DDR, in die Arbeitslager mit 32 Schachtanlagen in das nördlich vom Polarkreis gelegene Workuta. Sie litten unter der Schacht- und Oberflächenarbeit mit Schnee und Eis. In diesem lebensfeindlichen Gebiet mit einem neun Monate währenden Winter – bis zu 50 Grad Kälte – machten sich die mangelnde Ernährung, die unzureichende Bekleidung und die fehlende Verbindung zu den Angehörigen besonders bemerkbar. Mit dem Verlust der Menschenwürde kamen Gefühle der Hoffnungslosigkeit auf, aber auch das unbändige Verlangen nach Freiheit.

Unter den Gefangenen war der Anteil der geistigen Berufe, darunter zahlreiche Studenten, besonders hoch. Hinzu kamen russische Intellektuelle sowie verurteilte russische Offiziere der „Roten Armee“. Bei strenger Geheimhaltung, unter den Augen des allgegenwärtigen Geheimdienstes, gelang es diesen Personen, einen Kreis zu bilden, der auf den Zusammenbruch des Sowjetsystems hoffte. Diese Hoffnung wurde genährt durch die folgenden, nicht vorhersehbaren Ereignisse:

- Der Tod Stalins am 5. März 1953 führte zu einer kurzzeitigen instabilen Lage in der Sowjetunion
- Der Arbeiteraufstand vom 17. Juni 1953 in der DDR, der durch den bewaffneten Einsatz der „Roten Armee“ niedergeschlagen wurde
- Die Verhaftung des „Spions“ L.P. Berija im Juni 1953, der immerhin zum inneren Zirkel des allmächtigen Politbüros der KPdSU gehörte

Nun schien die Befreiung der seit Jahren dahingevegetierenden und ausgemergelten Häftlinge in greifbare Nähe zu rücken. Die schnell gebildete Streikleitung der politischen Häftlinge des Lagers Nr. 10, Schacht 29, forderte in einer zweiseitigen Eingabe an das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der UdSSR:

1. Die Freilassung aller politischen Häftlinge aus den Lagern
2. Die Möglichkeit einzuräumen, daß Ausländer in ihre Heimat zurückkehren können
3. Garantien für die Straflosigkeit für alle am Streik Beteiligten

Das waren politische Forderungen, die über einen gewöhnlichen Arbeitskampf weit hinausreichten. Die Führung in Moskau hatte das erkannt. Nach langem Zögern kam der Befehl durch Generalstaatsanwalt Roman Rudenko, den Aufstand mit Waffengewalt niederzuschlagen. Das Streikkomitee hatte die disziplinierte Arbeitsniederlegung organisiert. Es gab keinen Anlaß für die Eröffnung des Feuers. Rudenko selbst war mit der Vorbereitung und Durchführung des Prozesses gegen Lawrentij Berija in Moskau beschäftigt. Nach Workuta hatte er seinen Stellvertreter, Oberjustizrat M.D. Samochin entsandt.

Horst Schüler, Sprecher der Lagergemeinschaft Workuta, schildert eindrucksvoll in seinem Buch „Workuta. Erinnerungen ohne Angst“ die damaligen Ereignisse. Gleiches gilt auch für die Berichte von Heini Fritsche und den leider zu früh verstorbenen Sigurd Binski. „Am 1. August 1953“, beschreibt Horst Hennig den Vorgang, „stand ich 10.25 Uhr mit etlichen hundert Leidensgenossen auf der Lagerstraße, vereint im gemeinsamen Streik. Mehrere Kompanien der MWD-Truppen unter dem Kommando hoher Offiziere aus Moskau rückten an und eröffneten überraschend das Feuer auf die dichtgedrängte Menge politischer Häftlinge verschiedener Nationen.“ Der lettische Pfarrer Janis Anton Mendriks fiel getroffen von den Schüssen über Hennig, und während er verblutete, bildete er so einen Schutzschild für seinen lebenden



Der jüdische politische Häftling Jakob Goldscheid (1910–2010), ca. 1950.

Geständnissen gepreßt, die häufig mit „Urteilen“ zu 25 Jahren Zwangsarbeit, Zuchthaus oder gar zum Tode führten. Tausende andere kamen ohne Verhör oder Urteil in ehemalige KZs innerhalb der SBZ/DDR, die nun als Speziallager weiter geführt wurden. Bis 1953 verhängten Sowjetische Militär-Tribunale (SMT) hohe Strafen, die mit der Deportation in das GULag-System der Sowjetunion endeten. Der spätere Literaturnobelpreisträger Alexander Solschenizyn hat dieses System in seinen Werken „Ein Tag im Leben des Iwan Denissowitsch“ und

Kameraden. „Ich stand ziemlich vorn“, schreibt Horst Hennig weiter, „in der 7. Reihe. Mein österreichischer Arbeitskamerad, der Ingenieur Karl Schmid, wurde ebenso tödlich getroffen wie zwei junge Deutsche. Nachdem die Truppen das Lager gestürmt hatten, lagen 64 Tote und 123 [zum Teil] Schwerverletzte auf der Lagerstraße. Ich wurde mit den anderen unverletzt gebliebenen Häftlingen aus dem Lager getrieben und schwor mir: ‚Du darfst diese Verbrechen niemals vergessen!‘“

Die beiden jungen Deutschen, die bei dem Massaker starben, waren Wolfgang Jeschke (geb. 1932 in Berlin) und Hans-Gerd Kirsche (geb. 1929 in Waldheim). Der verletzte Karl Schmid verblutete, sinnlos, wegen mangelnder medizinischer Hilfe. Ein zweiter, Heini Fritsche, hatte mehr Glück, erhielt selbstlose Hilfe durch den jüdischen Häftling Jakob Goldscheid und überlebte schwer verwundet. Zu den Verwundeten gehörten auch Rudi Sommer, Berlin, Bernhard Schulz, Vaihingen, der heute noch unter den Verletzungsfolgen leidet, Georg Dietrich, früher Köthen, oder Heinz Möbius, früher Mittweida. Andere überlebten, weil die Leichen ihrer Kameraden einen Schutzschild bildeten. Das alles geschah nicht im Krieg, sondern acht Jahre später, Monate nach Stalins Tod, in einem von vielen Strafearbeitslagern der sozialistischen Sowjetunion, mit Häftlingen aus zahlreichen Ländern, denen politische Straftaten vorgeworfen wurden – im Namen aller Werktätigen. Das System wirkte fort. Die Auflösung der Lager geschah zögerlich, wohl vor allem ökonomisch bedingt, erst drei Jahre nach dem Ende des Diktators. Eine echte Abkehr erfolgte nicht. „Stalinismus ohne Stalin“, nennt das zu Recht Wladislaw Hedeler.

Am 15. Oktober 1992 erfuhr Horst Hennig mit der Rehabilitation aus Moskau, wie später nahezu alle anderen politischen Häftlinge, daß auch er aus russischer Sicht unschuldig verurteilt wurde und damit „fünf Jahre, 9 Monate und 5 Tage in Workuta“ unschuldig gelitten hat.


Einige Lebensläufe der politisch verurteilten Gefangenen zeigen darüber hinaus, exemplarisch auch für weitere politische Strafgefangene in Workuta, daß die jahrelange Unterdrückung, die Verletzung der elementaren Menschenrechte, nicht zur Aufgabe der eigenen Selbstbestimmung führte. Im Gegenteil:

unter demokratischen Bedingungen gelang trotz der verlorenen Jahre im hohen Maße die Selbstverwirklichung im beruflichen Betätigungsfeld.

Abschließend sei an einen sowjetischen Offizier erinnert, der zwei Jahrzehnte, ein Viertel seines Lebens, in sowjetischen Lagern verbracht hat, unschuldig, wie die späte Rehabilitation ergab. Im Lager 10, Schacht 29, war er Brigadier und am 1. August 1953 einer der Streikführer: Boris Kudrjawzew (1923–2004), früher Oberleutnant der Roten Armee und nach der Haft Deutschlehrer in Degtjarsk. Mit dem Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge, über die Außenstelle in Moskau, gelang es Dr. Horst Hennig, die Angehörigen zu ermitteln und mit ihnen in Verbindung zu treten. In den hinterlassenen autobiographischen Aufzeichnungen von Kudrjawzew, die noch nicht veröffentlicht sind, heißt es:

„1. August 1953 – Möge dieser Tag denjenigen, die den Befehl gegeben haben, auf uns zu schießen, und denjenigen, die diesen verbrecherischen Befehl ausgeführt haben, zur Schande gereichen! Ehre und Ruhm denjenigen, die sich geweigert haben, ihre Väter und Brüder zu töten.“

Die historische Dimension dieses Aufstandes, der als Generalstreik angelegt

war, ist noch nicht festgestellt. Wenn die Geschichte Osteuropas neu geschrieben wird, wie es Stefan Karner vorschlägt, dann gehört er in eine Reihe mit den Arbeiteraufständen vom 17. Juni 1953 in der DDR, in Posen (Polen) von 1956 und dem Volksaufstand in Ungarn vom gleichen Jahr. All das sind frühe Kettenglieder auf dem Weg zur Überwindung des sowjetisch geprägten Kommunismus. 

Alles, was wirklich nützt, ist für wenig Geld zu haben. Nur das Überflüssige kostet viel.

Axel Munthe

Wie wahr, angesichts von 9 Euro Jahresabo...

Deshalb: Bitte spenden Sie für den STACHELDRAHT, und werben Sie Spender und Abonnenten.

Für Spenden gibt es kein Limit, und jedes Abo hilft. Das Jahresabonnement mit 9 Ausgaben kostet 9,- Euro.

Name und Anschrift an die Redaktion senden, Überweisungen bitte auf das Konto BSV-Förderverein, Konto-Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG, Verwendungszweck „Stacheldraht-Abo“ oder „Stacheldraht-Spende“.

(Für UOKG-Mitglieder besteht keine Zahlungspflicht.)



Fotos: Privatarchiv Dr. Horst Hennig

Betriebsausweis der Sowjetischen Aktiengesellschaft „Wismut“ (SAG) des am 1. August 1953 erschossenen Hans-Gerd Kirsche.

Jugendprotest im Ostseebezirk

Ein Gespräch mit Dr. Volker Höffer, Leiter der BStU-Außenstelle Rostock, am Tag der offenen Tür 2013

stacheldraht: Die Tage der offenen Tür hier in der Außenstelle des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen in Waldeck-Dummerstorf haben ja schon eine gewisse Tradition. In diesem Jahr haben Sie sich für das Thema „Überwachte Hoffnung“ entschieden. Mit welcher Zielstellung wurde dieses Thema gewählt?

Höffer: Zum einen wollten wir uns das Thema Jugend schon lange vornehmen, weil wir denken, daß gerade der Blick auf Jugendliche es der heutigen Jugend ermöglicht nachzuvollziehen, wie sich Jugendliche in der DDR gefühlt haben, warum sie in Kollision geraten sind mit den Vorgaben – den politischen, den ideologischen – in der DDR und warum sie deshalb eben auch ins Visier der Geheim-

ein Schülerprojekt mit künstlerischen Umsetzungen.

Höffer: Dieses Projekt ist vor anderthalb Jahren gelaufen, mit vier Gymnasien insgesamt. Es ging darum, daß die Schüler sich auf künstlerische Weise mit dem Thema „Diktatur und Demokratie“ auseinandersetzen, und deshalb heißt diese Ausstellung auch „AndersDenken-Verboten – Künstlerische Auseinandersetzung mit Diktatur und Demokratie“. Es gab weit über 100 entsprechende Exponate, sowohl textliche als auch künstlerisch-kreativ umgesetzte, und davon stellen wir heute eine kleine Auswahl vor.

stacheldraht: Eine der Ausstellungen hier ist von der Robert-Havemann-Gesellschaft, sie heißt „Jugendopposition in der DDR, Überwachung durch das MfS“. Wie ist der Forschungsstand innerhalb der BStU zu diesem Thema?

Höffer: Das ist ein geradezu uferloses Thema, weil nach stasieigenen Analysen seit Anfang der 60er Jahre rund 50 Prozent der „politischen Straftaten“ von Jugendlichen und jungen Erwachsenen verübt wurden. In der Lesart der DDR bezeichnete man damit 14- bis 25-Jährige, und das bedeutet, daß auch Unmengen an Akten dazu vorhanden sind, an Tonbandaufzeichnungen, Filmmaterial, usw. Darüber forschen wir in der Behörde schon seit langer Zeit. Wir sind gerade hier für Rostock dabei, das vor allem regional aufzuarbeiten, weil wir gemerkt haben, besonders die jungen Leute heute, auch in der schulischen Bildung, sind an den regionalen Fällen interessiert. Es interessiert sie zu erfahren, wie ein Jugendlicher hier in Rostock z.B. mit Handzetteln seinen Protest ausgedrückt hat. Oder, warum haben Jugendliche in Rostock am damaligen „Haus der Armee“ Losungen angemalt, wie „DDR = eingesperrt“? Das hat einen ganz anderen Wiedererkennungseffekt und einen ganz anderen Interesseneffekt, und deshalb konzentrieren wir uns im Moment auf diese regionaltypische Aufarbeitung.

stacheldraht: Es ist also ganz klar auch ein Anliegen der Behörde, politische Bildungsarbeit zu leisten?

Höffer: Das ist eines unserer ganz wichtigen Ziele und auch eines unserer Hauptaufgabenfelder. Wichtigster Standort dafür ist die schon lange und gut eingeführte Dokumentations- und Gedenkstätte in der ehemaligen Stasi-U-Haft, wo wir im Jahr z.B. rund 2000 Schüler betreuen, in Führungen oder auch in Schülerprojekten dort vor Ort.

stacheldraht: Wie sehen Sie die Situation der Opfer des Stasi-Terrors insgesamt in Deutschland, hinsichtlich Aufarbeitung, Opferausgleich, Interessen der Opfer?

Höffer: Ich würde als erstes vielleicht die Verengung auf Opfer des Stasi-Terrors aufheben. Man muß, glaube ich, auch diejenigen mit dazurechnen, die durch andere Institutionen der DDR oder eben auch der sowjetischen Besatzungszeit betroffen waren und entsprechend gemäßregelt wurden, bis hin zu wirklich schlimmster Verfolgung und Lagerhaft, Stichwort Gulag usw. Als zweites, das ist vielleicht etwas provokativ, verglichen mit der Situation der Opfer in anderen ex-kommunistischen Staaten ist es in Deutschland vergleichsweise gut gelaufen mit der Aufarbeitung. Aber, und das sage ich ausdrücklich, ich hätte mir auch vorstellen können, daß es in manchen Bereichen besser gelaufen wäre. Da denke ich nicht so sehr an die Ebene der materiellen Entschädigung, auch das ist wichtig, und da gibt es tatsächlich Nachholbedarf, z.B. bei dieser unwürdigen Regelung einer Höchstgrenze des Verdienstes, um die Rente zu bekommen. Meine kritische Anmerkung bezieht sich vor allem auf die öffentliche Wahrnehmung, die öffentliche Würdigung, auch durch die Politik. Menschen, die ihren Rücken gerade gemacht haben, die ihren Rücken hingehalten haben für demokratische rechtsstaatliche Verhältnisse, für freiheitliche Verhältnisse, erfahren meines Erachtens nicht die Würdigung, die ihnen zusteht.

stacheldraht: Vielen Dank für das Gespräch.

Das Interview führte Jörg Plath.

Bürgerberatung

BStU, Außenstelle Rostock
18196 Waldeck-Dummerstorf
Tel. (03 82 08) 8 26-0
Fax (03 82 08) 8 26-12 19

Persönliche und telefonische Beratung:
Mo bis Do 8.00-17.00 Uhr
Fr 8.00-14.00 Uhr

polizei der DDR gerieten; anhand von Altersgenossen und Lebensbereichen, die Jugendliche mehr oder weniger kennen: Liebe, Musik, Freizeitinteressen, Sport usw. Dieser Grund korrespondiert dann mit dem ganz praktischen Hintergrund, daß wir nämlich gerade eine Wanderausstellung zum Thema Jugend und Staatssicherheit hier im ehemaligen Ostseebezirk Rostock fertiggestellt haben. Diese wird unter dem Titel „Hoffnungsträger oder Staatsfeind? – DDR-Jugend und Stasi an der Ostsee“ kostenlos auszuleihen sein. Wir sorgen für den Transport und bieten auch Eröffnungsprojekte, Schülerprojekte, dazu an. Die Ausstellung soll an den Schulen unserer Region gezeigt werden.

stacheldraht: Ihre Behörde hat ein Projekt initiiert, in dem sich hauptsächlich Gymnasiasten aus der Region mit dem Thema „Stasi“ auseinandersetzen,

Die bittersten Jahre seines Lebens

Jahresgedenkveranstaltung der Arbeitsgemeinschaft Fünfeichen am 27. April 2013

Wie in jedem Jahr fand auch 2013 am letzten Wochenende im April bei gutem Wetter und herrlich blühenden Anemonen die Jahresgedenkveranstaltung der Arbeitsgemeinschaft Fünfeichen in der Hochschule Neubrandenburg und in der Mahn- und Gedenkstätte Fünfeichen statt. Am Vormittag begann die Veranstaltung mit der Vorführung des neuen Films „Wir hatten nur ans Überleben gedacht – Lager Fünfeichen und Sibirien“. Das Interesse daran war so groß, daß der Hörsaal mit seinen über 200 Plätzen nicht ausreichte. Durch zusätzliche Stühle und auf Stehplätzen konnten aber alle Teilnehmer den beeindruckenden Film sehen. Die mitwirkenden Zeitzeugen, wie Erich Kleist mit 101 Jahren, Arnold Delander mit 87 und Günter Strauhs mit 84 Jahren, waren natürlich anwesend und standen allen Interessierten Rede und Antwort. Horst Gustke als vierter mitwirkender Zeitzeuge mit 90 Jahren konnte aus terminlichen Gründen leider nicht teilnehmen. Der als DVD vorliegende Film wurde von vielen Anwesenden für sich selbst, aber auch für Angehörige und Bekannte erworben.

Nachdem die Leiterin der Arbeitsgemeinschaft über 250 Teilnehmer aus ganz Deutschland zur diesjährigen Gedenkveranstaltung aus Anlaß des 65. Jahrestages der Schließung des Lagers Fünfeichen begrüßen konnte, übergab sie dem Oberbürgermeister der Stadt Neubrandenburg, Dr. Paul Krüger, das Mikrophon für die Gedenkansprache. In seiner Rede würdigte der Oberbürgermeister die jahrelange gute Zusammenarbeit der Stadt Neubrandenburg und der Arbeitsgemeinschaft Fünfeichen bei der geschichtlichen Aufarbeitung der Ereignisse von Fünfeichen und der Gestaltung einer würdigen Mahn- und Gedenkstätte am Standort des lange Jahre verschwiegenen Lagers. Durch den anschließenden Vortrag der Rostocker Historikerin Dr. Natalja Jeske erhielten die Teilnehmer eine Vielzahl neuer Zahlen und Fakten zum Lager Fünfeichen von der Zeit der Eröffnung 1939 bis zu seiner Schließung im Herbst 1948. Dieser Vortrag stellte eine Vorinformation zu dem von Dr. Jeske zu erarbeitenden Buch über das Lager Fünfeichen von 1939 bis 1948 dar. Die Vormittagsveranstaltung endete mit einer kurzen Information über das Buch „Friedrich Griese und seine Zeit im

Lager Fünfeichen“. Mit der Präsentation dieser Publikation ist der mecklenburgische Schriftsteller, der über 50 Bücher geschrieben hat, wieder ins öffentliche Interesse gerückt. Zu erwerben ist das Buch nur über die Arbeitsgemeinschaft Fünfeichen.

Zur Nachmittagsveranstaltung in der Mahn- und Gedenkstätte Fünfeichen konnte die Leiterin der Arbeitsgemeinschaft den Ministerpräsidenten von Mecklenburg-Vorpommern, Erwin Sellering, herzlich begrüßen. Bevor alle Gäste unter Glockengeläut zur Gedenkveranstaltung mit ökumenischem Gottesdienst am südlichen Gräberfeld der Internierten gingen, wurde vom Ministerpräsidenten, dem Oberbürgermeister und der Leiterin der Arbeitsgemeinschaft ein gemeinsamer Kranz auf dem Friedhof der Kriegsgefangenen niedergelegt. Sehr bewegt näherten sich die Teilnehmer dem südlichen Gräberfeld mit den herrlich blühenden Anemonen, die das Massengrab schmückten, und den großen gelben Chrysanthemen auf den vielen Namens tafeln, die wie ein leuchtendes Symbol in die Zukunft schienen. Die Gedenkveranstaltung aus Anlaß des 65. Jahrestages der Schließung des Lagers Fünfeichen wurde vom Wehrbereichsmusikkorps 1 feierlich eröffnet und begleitet.

Zu den Höhepunkten der Gedenkfeier am Nachmittag zählte die Ansprache des Ministerpräsidenten. Er sagte u.a.: „Wir gedenken heute gemeinsam derer, die als Kriegsgefangene nach Deutschland verschleppt, ausgebeutet und dem Tod ausgeliefert wurden. Und wir gedenken der Männer, Frauen und Jugendlichen, die in den Speziallagern von der sowjetischen

Besatzungsmacht unter schlimmen Bedingungen interniert und gepeinigt wurden, die zu Tausenden starben.“ Es sei wichtig, „an die Unmenschlichkeit in Fünfeichen zu erinnern und die richtigen Lehren für die Zukunft zu ziehen. Das Leid der vielen Opfer unmenschlicher Behandlung läßt uns deutlich den Wert von Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit erkennen. Nur eine offene und tolerante Gesellschaft, die in Frieden mit ihren Nachbarn lebt, kann die kostbaren Grundwerte unseres Zusammenlebens garantieren.“ Sellering würdigte in seiner Rede auch die 1991 gegründete Arbeitsgemeinschaft Fünfeichen. „Die AG Fünfeichen hat seitdem intensiv an der Entwicklung des Gedenkortes Fünfeichen, an der würdigen Gestaltung dieses Erinnerungsortes gearbeitet. Sie haben den ehemaligen Häftlingen und deren Familien geholfen, das schwere Schicksal zu tragen, mit dem Leid zu leben, den Opfern Gesicht und Stimme zu geben.“

Während die Leiterin der AG Fünfeichen, ausgehend von den herrlich blühenden Anemonen, in der Begrüßung mahnte: „Die Natur deckt liebevoll zu, aber in den Herzen der Menschen darf es niemals zu einem Vergessen kommen; vergeben ja, vergessen nie“, erlebte Hans Kopmann als ehemaliger Internierter von Fünfeichen den blühenden Wald ganz anders. Dem heute 84-Jährigen fiel es nicht leicht, sich an diesem Ort des Leids, der Hoffnungslosigkeit, der Verzweiflung und Entmündigung zu erinnern und nach vielen Jahren des Schweigens über diese Zeit zu sprechen. Die drei Jahre, die er im Nordlager von Fünfeichen verbrachte, beschrieb er als die bittersten seines Lebens. Sein Erleb-



Kranzniederlegung am südlichen Gräberfeld.



Die Glocke von Fünfeichen (eingeweiht 2008) erinnert an die Opfer des Speziallagers.

nisbericht ging nicht nur den noch lebenden ehemaligen Internierten, sondern auch vielen Angehörigen sehr nahe. Am Schluß seiner Rede bedankte er sich bei all jenen, die mithalfen, der Wahrheit zum Durchbruch zu verhelfen, und die diese würdevolle Mahn- und Gedenkstätte geschaffen haben.

Wichtig war für die Veranstaltung auch die direkte Mitwirkung von Jugendlichen bei der Kranzniederlegung und bei der inhaltlichen Gestaltung. So werden von Schülern des Lessing-Gymnasiums jedes Jahr unterschiedliche Gedichte ehemaliger Häftlinge oder andere Gedichte gemeinsam mit der Deutschlehrerin aus-

gewählt und dann in der Gedenkstätte vorgetragen. Fester Bestandteil der jährlichen Gedenkveranstaltung ist auch der ökumenische Gottesdienst mit einer Gedenkansprache, die einen direkten Bezug zum Lager Fünfeichen hat.

Im Namen der Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft Fünfeichen bedanke ich mich bei der Bundesstiftung Aufarbeitung in Berlin für die finanzielle Unterstützung der diesjährigen Gedenkveranstaltung.

Rita Lüdtkke

(Dr. Rita Lüdtkke ist Leiterin der Arbeitsgemeinschaft Fünfeichen.)

Gedenkstätte auf dem Weg

Jahrestreffen des Frauenkreises der ehemaligen Hoheneckerinnen

Vom 2. bis zum 4. Mai 2013 fand das 22. Jahrestreffen des Frauenkreises der ehemaligen Hoheneckerinnen in Stollberg statt. Mehr als 40 Vereinsmitglieder hatten sich angemeldet. Dankenswerterweise werden die Treffen seit vielen Jahren gefördert von der Bundesstiftung Aufarbeitung und der Friedrich-Ebert-Stiftung. Das Programm der zwei Tage war gut gefüllt mit Veranstaltungen und Treffen.

Traditionell wird das Treffen eingeläutet mit der Kranzniederlegung am Gedenkstein vor dem Gefängnis für die in der Haft Verstorbenen. Anne Klar hielt die Ansprache für die Frauen und rief den Teilnehmern noch einmal die Namen der mehr als dreißig in den 50er Jahren verstorbenen, überwiegend nur mit dem Namen bekannten Frauen und Kleinkinder ins Gedächtnis. Vertreter der Stadt, des Stollberger Fördervereins für eine Gedenkstätte in Hoheneck, der Vertreter des Immobilieneigentümers und Stollberger Bürger zeigten den versammelten Frauen ihre Anteilnahme. Der Posaunenchor der Kirchengemeinde und die beiden Schwestern Kempf aus Stollberg vervollständigten die Andacht musikalisch.

Im Anschluß fand in der freundlichen und lichten Stollberger Jacobikirche am Markt ein Gottesdienst statt, zu dem die Gemeindeglieder erstmalig mit eingeladen waren und auch dazukamen! Frank Trommler, der kurz zuvor seinen Vikariatsdienst nach erfolgreicher theologischer Ausbildung in der Gemeinde angetreten hatte, erfreute die Anwesenden mit nachdenklichen und nachfühlenden Predigtworten und Schriftstellen zum Thema

Hoffnung im Verlorensein. Umso leichter sprudelte allen Anwesenden das schöne Danke-Lied mit der fröhlichen Melodie über die Lippen. Die Gottesdienstteilnehmer empfanden die gemeinsame Teilnahme von Gemeinde und Hoheneckerinnen als gegenseitig bereichernd. Man möchte die Erfahrung gern wiederholen. Alternativ zum Gottesdienst konnte in der Stollberger Stadtbibliothek die dort seit 2006 vom Frauenkreis und von der Sächsischen Gedenkstättenstiftung eingerichtete Dauerausstellung zum Zuchthaus Hoheneck unter sachkundiger Erläuterung von Margot Jann besichtigt werden.

Am Nachmittag des 3. Mai fand die Veranstaltung des Frauenkreises in der wunderschönen Aula des Bach-Gymnasiums unter der Zukunftsfrage „Das Frauenzuchthaus Hoheneck: gestern – heute – morgen“ statt. Die Informations- und Diskussionsveranstaltung richtete sich ganz besonders – neben der Stollberger Öffentlichkeit – an die Teilnehmer des Jahrestreffens als Information aus erster Hand. Kompetente Gäste waren der Stollberger Bürgermeister Marcel Schmidt, der Vorsitzende des Stollberger Fördervereins für eine Gedenkstätte auf Hoheneck, Dietrich Hamann, der Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen, Roland Jahn, der Geschäftsführer der Sächsischen Gedenkstättenstiftung, Siegfried Reiprich, sowie der Chemnitzer Außenstellenleiter der Stasiunterlagenbehörde, Dr. Clemens Heitmann. In allen Beiträgen wurden mögliche Wege zur Errichtung der Gedenkstätte beschrieben und auch Beispiele von an anderen Orten Sachsens eingerichteten Gedenkstätten genannt.

Allen Besuchern wurde das Interesse der Stollberger Kommune deutlich und ganz besonders das zielgerichtete Engagement des Stollberger Bürgervereins zur Einrichtung einer Gedenk- und Bildungsstätte in dem alten Zuchthaus. Bürgermeister Marcel Schmidt vermittelte zudem sein persönliches Engagement, hier in absehbarer Zeit tatsächlich den Weg für die Einrichtung der Gedenkstätte zu bahnen. Er informierte über den Besuch des sächsischen Finanzministers in der Stadt und dessen eindringliche Erinnerungen an den Eigentümer zur Bindung des Eigentums an öffentliche, zivilgesellschaftliche Verpflichtungen. Schmidt berichtete von den Überlegungen und laufenden Verhandlungen der Kommune zum Kauf, zur Übernahme der Immobilie aus Privathand in kommunales Eigentum (s. S. 3).

Zur Einstimmung in die Veranstaltung wurde ein kleiner eindrucksvoller und persönlicher Videofilm von Anne Klar gezeigt, einer ehemaligen Hoheneckerin, politischer Häftling Anfang der 80er Jahre. In der Diskussion wurden viele direkte Fragen gestellt und kompetent beantwortet. Besonders Roland Jahn und Clemens Heitmann waren hier begehrte Ansprechpartner zu Fragen der Akteneinsicht heute in persönliche vom MfS angelegte Unterlagen.

Aufgrund von Einreden einer Minderheit von Mitgliedern seit der letzten Vorstandswahl von 2012 war in diesem Jahr gemäß den Vorschriften des Vereinsrechts eine neue Vorstandswahl erforderlich geworden. Zur Vorstandsvorsitzenden wurde Edda Schönherz gewählt (vorher 2. Vorsitzende). Weiter wurden gewählt Konstanze

Helber (2. Vorsitzende, vorher Beisitzerin), Schriftführerin Angelika Rosenberg, Kassensführerin Angelika Grünewald. Als Beisitzerinnen wurden gewählt Bärbel Große, Anne Klar und Heidemarie Winkler.

Allen Mitgliedern lagen in Vorbereitung der Mitgliederversammlung sieben schriftlich eingereichte Anträge zur Auflösung des Vereins vor, über die ebenfalls mit einer Mehrheit abgestimmt wurde. Die Anträge kamen überwiegend von Mitgliedern der Generation der SMT-Verurteilten, die neben ihrem hohen Alter vor allem den Vereinszweck nicht mehr ausgeführt sahen durch fortwährende Angriffe auf den Vorstand aus den eigenen Reihen. Engagierte Teilnehmerinnen beim Treffen und bei den Mitgliederversammlungen waren Margot Jann und Traudel Becker. Der neue Vorstand setzt die laufende Arbeit kontinuierlich fort mit allen Kooperations-

partnern und erledigt die Abwicklung des Auflösungsbeschlusses.

Am Vormittag des 4. Mai fand die jährliche Gedenkfeier auf dem Chemnitzer Friedhof statt. Diesmal war sie besonders eindrucksvoll. In kleiner Runde berichtete Margot Jann den Anwesenden noch einmal Details ihres eigenen Erlebens im ersten Jahr des Frauenzuchthauses Hoheneck im Jahre 1950 und von ihren Recherchen in den 90er Jahren zu den seinerzeit in der Haft verstorbenen Frauen und der Einrichtung des Bestattungplatzes auf dem Chemnitzer Friedhof.

Im Anschluß kam es zu einem interessanten Treffen mit Vertretern des Fördervereins für einen Lern- und Bildungsort im Chemnitzer Kaßberg-Gefängnis. Sabine Popp und Dr. Clemens Heitmann führten durch die Anlage. Bald hörten sie allerdings mehr unseren Erzählungen, Erinne-



Gruppenbild auf dem Chemnitzer Friedhof zur Erinnerung an die Gedenkfeier am 4. Mai 2013.

rungen und Erlebnissen vor Ort zu, weil die meisten von uns ja über den Chemnitzer Abschiebeknast endlich in den Westen, nach Gießen gelangt waren – und jede hatte dort ihre eigene Geschichte erlebt.

Konstanze Helber

Ein Kreuz von den Bürgern der Stadt

Gedenkfeier für die Opfer des NKWD-Lagers Tost/Oberschlesien

Zur Gedenkfeier in Tost, heute polnisch Toszek, am 11. Mai 2013 reisten wir mit 46 Personen in einem Bus von Sachsen an. Unter uns war die 90jährige Tochter eines Häftlings, die seit vielen Jahren diese anstrengende Fahrt mitmacht, weil sie das ihrem Vater schuldig sei. Eine Familie mit gleich sieben Angehörigen nahm erstmals teil. Die Stadtarchivarin von Neubrandenburg kam ebenfalls mit – sie interessierte sich für die etwa 750 Überlebenden von Tost, die Anfang 1946 über Graudenz/Westpreußen in das NKWD-Lager Fünfeichen verlagert wurden –, und drei Aufarbeitungsinitiativen aus Pockau, Thammenhain und Großenhain.

Empfangen wurden wir von den Vertretern des Deutschen Freundschafts-Kreises e.V., dessen Vorsitzende Dorothea Matheja mit ihrem Team eine perfekte Organisation vor Ort bot. Wie immer besuchten wir zuerst die Psychiatrie, wo ab Mai 1945 auf engstem Raum über 4550 Männer, Frauen und Jugendliche eingepfercht waren. Innerhalb von acht Monaten kamen über 3000 Menschen elendig um. Professor Dr. Josef Musielok aus Tost trug hier vor, wie sich gleich 1990 Bürger von Tost zusammenfanden, um über eine Würdigung der Opfer des NKWD-Lagers zu beraten. Es wurde geplant, ein großes Kreuz für die Opfer zu errichten. Dieses konnte bereits im Jahr 1991 im Beisein einiger Überlebender aus Deutschland aufgestellt werden.

1998 wurde dann die Gedenkstätte in ihrer jetzigen Form eingeweiht. Heute ist es eine wunderschöne Stätte, umgeben von hochgewachsenen Lebensbäumen, die inzwischen die Sicht auf die Kohlenberge, die auf den Massengräbern liegen, verdecken. Die deutsche Minderheit kümmert sich stets liebevoll um unsere Gedenkstätte, die mit den drei großen Kränzen und den mitgebrachten Gestecken am Tag unseres Besuches einem Blumenmeer glich.

Es sprachen Konsul Peter Eck aus Oppeln und der Vorsitzende aller Deutschen Freundschafts-Kreise östlich der Oder, Bernard Gaida, sowie Bürgermeister Grzegorz Kupczyk, dessen Schwester, Aleksandra Kupczyk, meine Ansprache dolmetschte. Wir staunen immer wieder, wie ausgezeichnet in Tost Deutsch gesprochen wird, obwohl es bis 1989 eine wenig geduldete Sprache war. Der andauernde Starkregen gehörte nicht zum Ablaufplan. Er hielt das Blech-Blasorchester jedoch nicht davon ab, diszipliniert und professionell seine Choräle zu spielen, währenddessen die Instrumente volliefen.

Nach dem ausgezeichneten Mittagessen ging es in die wunderschöne Barbara-Kapelle, wo der emeritierte Erzbischof Alfons Nossol aus Oppeln uns und unsere Toten mit einer zweisprachig gehaltenen Andacht ehrte. Der ausgezeichnete Vortrag des Bach-Frauenchors „Tryl“ war

eine Ohrenweide. Und wie – gefühlt – „schon immer“ hörten wir zum Abschluß den wunderbaren Sopran von Sabina Olbrich. Anschließend betete Erzbischof Nossol noch einmal mit uns vor der Kapelle, wo eine Tafel mit den Namen von 40 Häftlingen angebracht ist, die kurz nach der Entlassung in privaten Betten sterben durften.

Dann begleitete der Erzbischof uns zum Kaffeetrinken und einem netten Gespräch, zusammen mit unseren Toster Freunden. Gegen Abend machten wir uns auf den Heimweg mit unserem Bus aus Drebach/Erzgebirge und versprachen, in zwei Jahren wiederzukommen.

Sybille Krägel



Rechts neben Erzbischof Nossol trägt der Literat Roman Brzoska ein Gedicht vor, daneben Prof. Josef Musielok.

Tagung zum Workuta-Aufstand

Die Lagergemeinschaft Workuta GULag Sowjetunion gedenkt **vom 1. bis 3. August** in Berlin des Aufstandes der politischen Häftlinge in der Strafregion Workuta im Sommer 1953, also vor 60 Jahren.

Im Juli 1953 erreichte die Verzweiflung der Häftlinge in Workuta ihren Höhepunkt. Lange Wochen hatten sie nach dem Tod Stalins am 5. März 1953 auf eine Verbesserung ihrer Lage gehofft (viele glaubten gar an eine Amnestie), wenigsten aber auf die Überprüfung ihrer Urteile. Doch als nichts von all dem geschah, begannen Mitte Juli in den ersten Lagern die Häftlinge die Sklavenarbeit in den Bergwerken zu verweigern. Der Streik griff schnell um sich und verwandelte sich umgehend in einen Aufstand. In manchem Lagern, etwa im Lager 10, bildeten sich Streikkomitees, die den Wachmannschaften den Zutritt zum Lager untersagten. Die Dächer der Baracken wurden mit Freiheitsparolen beschriftet, Gespräche mit Workutaner Geheimdienstoffizieren verweigert. Dafür verlangten die Häftlinge im Lager 10 das Erscheinen einer hochrangigen und kompetenten Delegation aus Moskau.

Die Frage, warum der sonst so brutale Geheimdienst nicht mit der bei ihm üblichen Brutalität den Aufstand sofort niederschlug, erklärt sich mit der Unsicherheit der politischen Lage in der Sowjetunion nach dem Tod des allmächtigen Stalin. Noch hatte sich keine neue Regierung gebildet, und in dieser Situation hielt sich selbst der Geheimdienst mit Aktionen gegen die Aufständischen zurück, zumindest einige Zeit. Doch als Armee-General Masslenikow, einer von drei stellvertretenden Innenministern der Sowjetunion, an der Spitze der geforderten Moskauer Delegation die Häftlinge im Lager 10 nicht zur Wiederaufnahme der Arbeit bewegen konnte, wurde das Lager in der Nacht zum 1. August von Truppen umstellt, und als die Häftlinge auch dann hart blieben, am Vormittag des 1. August Feuerbefehl gegeben. 64 Tote und weit über einhundert Schwerverletzte waren das Ergebnis

des Blutbades im Lager 10. Unter den Toten auch zwei Deutsche, weitere deutsche Häftlinge unter den Verwundeten.

Der Aufstand in Workuta und seine Folgen werden im Mittelpunkt der Tagung der Lagergemeinschaft stehen. Unter anderem wird eine von Professor Gerald Wiemers herausgegebene Broschüre über den Aufstand erscheinen. Das Hauptreferat der Tagung hält Professor Jörg Baberowski in den Räumen der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur in der Kronenstraße am 2. August. Baberowskis im C.H. Beck-Verlag erschienenen Buch „Verbrannte Erde – Stalins Herrschaft der Gewalt“ hatte Aufsehen erregt. Die Stiftung unterstützt und begleitet die Tagung, deren Programm in den Berliner Zeitungen noch veröffentlicht wird.

Horst Schüler

Gegenwind

(stk) Die Ausstellung „Von Sprachlosigkeit befreien“ mit Bildern der therapeutischen Malgruppe von Gegenwind, der Beratungsstelle für politisch Traumatisierte der SED-Diktatur in Berlin, ist noch bis zum 20. Juli 2013 in der Moabiter Heilandskirche in der Thusnelda-Allee 1 in 10555 Berlin zu sehen.

Am **28. Juni um 19.00 Uhr** liest Grit Poppe im Rahmen der Ausstellung aus ihren Büchern „Weggesperrt“ und „Abgehauen“.

Wir brauchen 200 Mitglieder!

Die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen und sein Förderverein sorgen dafür, daß die SED-Verbrechen nicht in Vergessenheit geraten. In diesem Jahr besteht der Förderverein zehn Jahre. 180 Personen engagieren sich bisher im Förderverein für die Aufarbeitung des DDR-Unrechts. Im Jubiläumsjahr geht es dem Verein um die Rundgänge mit sehbehinderten und blinden Besuchern. Diese Führungen werden kostenlos angeboten. Sie finden an jedem 3. Montag im Monat um 15 Uhr statt und werden durch Mitgliedsbeiträge des Fördervereins finanziert.

Aber erst mit 200 Mitgliedern können wir die Blindenführungen auf Dauer absichern! Der Förderverein initiierte das Konzept. Nun geht es um die dauerhafte Absicherung. Dafür werden Beiträge von mindestens 200 Mitgliedern benötigt!

Mit den Mitgliedsbeiträgen in Höhe von mindestens 50 Euro jährlich werden immer Aktivitäten und Projekte zur Aufarbeitung finanziert, die mit den knappen Mitteln der Gedenkstätte keine Chance auf Realisierung haben.

Unterstützen Sie die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen aktiv, indem Sie Mitglied im Förderverein werden. Ein Antragsformular für eine Mitgliedschaft finden Sie auf unserer Webseite <http://www.foerderverein-hsh.de/helfen.html>. Bis zum 26. Lebensjahr erhalten Interessenten eine zweijährige kostenlose Mitgliedschaft.

Hartmut Richter

Bautzen-Komitee

(al) Am 29. Mai 2013 hat das Bautzen-Komitee einen neuen Vorstand gewählt:

Vorsitzender: Alexander Latotzky

Stellvertreter: Harald Möller, Rocco Schettler, Gudrun Sauer

Beisitzer: Anita Goßler, Richard Böttge, Rainer Buchwald (diese drei bilden auch die Schiedskommission), Reinhard Pappi, Prof. Günter Brendel, Frank Burghardt, Johannes Oesterhelt

Kassenprüfer: Günter Wernicke

Das Verfahren der Deulings

(me) Am 10. Januar 2013 rief Vera Lengsfeld auf der Internetseite „Die Achse des Guten“ zu Spenden im Fall „Bob“ und „Petra“ auf. Binnen sechs Tagen gingen auf das Konto der VOS 755 Euro ein. Helmut Müller-Enbergs zeigte sich erfreut und erklärte: „Die Spenden sind Ausdruck einer Solidarität, die den Auftrag des Stasi-Unterlagengesetzes verteidigt wissen will, um auch zukünftig Verbindungen der DDR-Staatssicherheit zu Bundesbürgern benennen zu dürfen.“

In einem Verfahren vor dem Landgericht Hamburg wünschte das Ehepaar Barbara und Wolfgang Deuling nicht mit Aktivitäten der DDR-Staatssicherheit in Verbindung gebracht zu werden. Sie seien, erklärten sie, niemals wissentlich und willentlich in dessen Dienst getreten.

Umzug?

Dann vergessen Sie bitte nicht, an die Redaktion DER STACHELDRAHT, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Ihre neue Adresse zu schicken. So lassen sich Lieferausfälle vermeiden.

Aus diesem Grund verlangten sie die Streichung aus der Publikation „Hauptverwaltung A. Aufgaben – Strukturen – Quellen“, in der die wichtigsten inoffiziellen Mitarbeiter in der Bundesrepublik Deutschland mindestens mit ihren Decknamen angeführt sind. Das Landgericht Hamburg erklärte sich für unzuständig, da der Autor Helmut Müller-Enbergs im dienstlichen Auftrag gehandelt habe, er als Privatperson nicht hätte angeklagt werden dürfen. In einem solchen Fall ist der Artikel 34 des Grundgesetzes wirksam. Denn für die ausgeübte Amtspflicht haftet grundsätzlich der Staat. Das sah die Stasi-Unterlagenbehörde anders, weshalb sie ihm keinen Rechtsschutz gewährte. Nach dem Beschluß des Landgerichts Hamburg zog das Ehepaar die Klage gegen Helmut Müller-Enbergs zurück. Es muß nun ebenso die Kosten für das Verfahren bzw. die einstweilige Verfügung tragen wie die Stasi-Unterlagenbehörde, die sich dem Begehren des Ehepaars unterworfen hat. Müller-Enbergs darf also weiterhin an der angegriffenen Ausführung festhalten.

Selbstverständlich sind nunmehr die Spenden zurückzuführen, doch fehlen hierzu die Verbindungsdaten (Adresse bzw. Kontonummer) der Spender. Aus diesem Grund werden die Spender gebeten, sich zu melden bei: Helmut Müller-Enbergs, c/o BStU, Postfach 218, 10106 Berlin bzw. Helmut.Mueller-Enbergs@BStU.Bund.de. Die Spender sind: Nicolas W. 25 Euro, Friedrich H. 25 Euro, Rainer B. 25 Euro, Heinz W. 30 Euro, Pansie B. 50 Euro, Barbara von G. 50 Euro, Wolfgang S. 100 Euro, Lars K. 25 Euro, Tilmann H. 50 Euro, Hans M. 50 Euro,

Gennadiy R. 50 Euro, Axel A. 100 Euro, Annemone A. 20 Euro und Thomas W. 100 Euro.

Forum Aufklärung

(rd) „Das Schalck-Golodkowski-Gold. Herkunft und Verbleib“ ist der Titel eines Vortrages, den der Vorsitzende des Forums zur Aufklärung und Erneuerung, Reinhard Dobrinski, am **29. Juni 2013, 14.00 Uhr**, hält.

Ort: Zeitgeschichtliches Forum Leipzig, Grimmaische Str. 6, 04109 Leipzig

Heinz Lehmann

Unser lieber Freund und Genosse Heinz Lehmann (Pony), der am 1. Januar 1926 in Leipzig geboren wurde, ist am 17. Mai 2013 nach langer Krankheit in Bad Godesberg verstorben. Er hat ein abenteuerliches Leben hinter sich. Als Siebzehnjähriger mußte er in einen von ihm nicht gewollten Krieg. Bei Kriegsende geriet er in amerikanische Gefangenschaft.

Nach der Entlassung kehrte er in seine Heimatstadt zurück. Um nicht in einer von Kommunisten beherrschten Organisation am Wiederaufbau teilzunehmen, trat er der LDPD in Leipzig bei. Wie viele andere Demokraten, wurde er bereits 1949 von den Sowjets wegen des Verdachts der Spionage zu 25 Jahren Arbeitslager verurteilt, die er bis zum 13. August 1956 in Bautzen und Torgau absitzen mußte.

Nach seiner Entlassung flüchtete er bald darauf mit seiner Frau, die er bereits vor

der Inhaftierung geheiratet hatte, in die Bundesrepublik. Hier trat er der SPD bei. Er begann in Hessen eine Ausbildung für die gehobene Verwaltungslaufbahn und bewarb sich dann beim Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen (später umbenannt in Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen). Wegen seiner Kenntnisse aus der Haft wurde er bald in die Arbeit zum Freikauf von politischen Häftlingen und bei Familienzusammenführungen einbezogen. Gelegentlich wurde er als „Menschenhändler“ geneckt. Seinen Spitznamen „Pony“ bekam er allerdings wegen seiner markanten Frisur und zur Unterscheidung von anderen Kollegen, die ebenfalls Lehmann hießen. Er war lange Jahre Vorsitzender des SPD-Arbeitskreises ehemaliger politischer Häftlinge der SBZ/DDR. Als Ministerialrat und Träger des Bundesverdienstkreuzes 1. Klasse ging er in den Unruhestand. Da er schon viele Jahre für die SPD im Stiftungsrat der HHG-Stiftung tätig gewesen war, wurde er nun zum Vorstandsvorsitzenden des Stiftungsrates gewählt. 2004 legte er den Vorsitz nieder, blieb jedoch als Beisitzer der Stiftung erhalten. Durch seine ausgleichende Art wurde er von uns allen gut gelitten. Er hat sich durch seine Arbeit um die Menschen und unser Land verdient gemacht.

Alle, die ihn kannten, werden ihn vermissen und immer in guter Erinnerung behalten.

Lothar Otter
Vorsitzender des SPD-Arbeitskreises ehemaliger politischer Häftlinge der SBZ/DDR

Leserbrief

Ende der Blockade

Seit fast einem Jahrzehnt gab und gibt es Bemühungen für eine Benennung des Platzes vor dem Bundesfinanzministerium in „Platz des 17. Juni 1953“. Und fast genauso lange gibt es die bekannte Blockadehaltung zu dieser Benennung durch das Bezirksamt von Berlin-Mitte mit dem Argument, es bestehe Verwechslungsgefahr mit der naheliegenden „Straße des 17. Juni“, und das, obwohl nicht nur der Regierende Bürgermeister, sondern auch das Bundesfinanzministerium als Eigentümer des Platzes mehrfach Zustimmung signalisiert hatten. Das Bezirksamt Mitte blieb bei seiner Haltung.

Die Argumentation des Bezirksamtes berücksichtigend, hatte ich deshalb im Mai vergangenen Jahres die Benennung „Platz des Volksaufstandes am 17. Juni 1953“ in einer Petition an das Abgeordnetenhaus vorgeschlagen. Aber auch diesen Vorschlag lehnte das Bezirksamt Mitte in einer Stellungnahme ab, nunmehr mit dem völlig neuen Argument,

der Platzname müsse „dann an mindestens drei Stellen örtlich an je einem Ständer mit dem jeweils entsprechenden Hausnummereneinschub angebracht werden... Daher wird eine Platzbenennung, die eine Umnummerierung zur Folge hätte und zugleich die Orientierung erschwert, vom Vermessungsamt abgelehnt.“ Dieser ablehnenden Stellungnahme des Bezirksamts Mitte schlossen sich sowohl das Abgeordnetenhaus als auch der Regierende Bürgermeister an.

Um so erfreulicher ist es, daß es durch die entscheidende Einflußnahme seitens der UOKG, und hier insbesondere durch Klaus Gronau, sowie durch das Bundesfinanzministerium doch noch erreicht werden konnte, daß nunmehr rechtzeitig zum 60. Jahrestag des Volksaufstandes die Benennung „Platz des Volksaufstandes von 1953“ am 16. Juni vorgenommen werden kann. Allen Unterstützern möchte ich deshalb an dieser Stelle meinen ausdrücklichen Dank aussprechen.

Hermann Bubke, Berlin-Köpenick

Die kleine Geschichte**Gerd**

1297 aus 3, dies meine Häftlingsnummer in Cottbus. Ein wenig hatte ich mich der trügerischen Hoffnung hingegeben, wenn schon in einen festen Bau verlegt worden zu sein, wenigstens den Vorteil zu haben, nicht arbeiten zu müssen und mich dem Bibel- und Lateinstudium widmen zu können. Vom Regen in die Traufe gekommen, werde ich auch hier einer Gleisbaubrigade zugeteilt. Die Aussicht, bis an mein Haftende im Bergbau zu malochen, stimmt mich nicht froh. Schienen und Schwellen schleppen, die schwere Arbeit ist nichts für mich. Zwar schaffe ich

wachtmeister wegen Gerd ins Gespräch zu kommen, gebe ich es schließlich auf. Wir sprechen verschiedene Sprachen, können uns nicht verständigen. Schade, daß wir die Zeichensprache der Taubstummen nicht beherrschen.

Gerd schlurft mit offenem Mund, stumpfem Blick, herunterrutschenden Hosen, offenstehendem Schlitz durch die Zelle. Zusehends gewinne ich den Eindruck, daß der Mithäftling an Schwachsinn ersten Grades leidet. Vielleicht ist das, was wie Schwachsinn aussieht, auch nur Ergebnis einer ausbrechenden Geisteskrankheit. Genaueres kann ich nicht sagen, hier stoße ich an die Grenzen meiner Erfahrungen.

Verhalten zeuge von einer menschenverachtenden und zutiefst verächtlichen Haltung gegenüber der sozialistischen Gesellschaft und den sozialistischen Erregungenschaften, deren höchstes Gut die tief im Gesellschaftssystem verankerte Menschlichkeit sei, die Gerd versucht habe, mit Füßen zu treten, indem er den Sozialismus verraten habe und sich der Unmenschlichkeit des Klassenfeinds habe ausliefern wollen.

Dies alles und noch viel mehr veranlaßte den Staatsanwalt, eine gepfefferte Strafe für den Verräter der Menschlichkeit zu fordern: vierzehn Monate wegen versuchter Republikflucht. Richter und Schöffen schlossen sich dem ihrer Meinung nach mehr als gerechtfertigten Vorschlag des Staatsanwalts an. Sogar der Pflichtverteidiger unternahm lediglich einen zaghaften Versuch, sich für den ihm anvertrauten Klienten einzusetzen, um schließlich, nachdem er die juristische Sachlage oder aber auch nur die pädagogische Absicht der Stasi begriffen hatte, die Forderungen der anderen Repräsentanten des sozialistischen Rechts zu unterstützen, um Gerd nicht die Chance zu verbauen, nach Absolvierung der vorgesehenen Erziehungsphase doch noch ein nützliches Mitglied der sozialistischen Gesellschaft zu werden.

„Unsere Juristen müssen begreifen, daß der Staat und das von ihm geschaffene Recht dazu dienen, die Politik von Partei und Regierung durchzusetzen.“

SED-Vorsitzender Walter Ulbricht
auf der sog. Babelsberger Konferenz 1958

Hans-Henning Petzke

es körperlich viel besser, als man bei dem eher schwächlichen Eindruck, den ich mache, meinen könnte, aber die Eintönigkeit der Arbeit ist nervtötend. Fünfzig oder sechzig Häftlinge in einer riesengroßen Zelle, sie tragen kaum dazu bei, mich frohgemuter zu stimmen.

Die Masse meiner Mitgefangenen, zu meist kleine Kriminelle, widert mich an. Mit den wenigen Politischen weiß ich nicht viel anzufangen. Einer von ihnen aber hat mein Mitleid verdient: Gerd. Obwohl ich versuche, mit einem Haupt-

Wohl ebenso wie Gerd durch die Zelle schlurft, hat er in Halle eine Fahrkarte nach Eisenach gekauft und sich in den Zug nach Frankfurt am Main gesetzt. Als in Gerstungen die Zöllner und Grenzer der DDR den Zug besteigen, um Pässe und Gepäck zu kontrollieren, um unter die Bänke und hinter die Verkleidungen zu spähen, in die Toiletten, ob sich dort nicht jemand versteckt haben könnte, sehen sie erst Gerd, dann den ihnen entgegengehaltenen Personalausweis der DDR verblüfft an. Der OvD muß die Absurdität begriffen haben, als er Gerd nach einem kurzen Verhör mit dem nächsten Zug in Richtung DDR dorthin zurückschickt hat, woher er gekommen ist.

Erst als sich Gerd anschickte, seinen dritten Ausflug nach Frankfurt am Main in die Tat umzusetzen, wurde er verhaftet. Stasi und in deren Gefolge der Staatsanwalt hatten die Überzeugung gewonnen, es mit einem ganz raffinierten Staatsfeind zu tun zu haben, der mit seinen Ausflügen, die stets an der DDR-Grenze zu Westdeutschland in einer Sackgasse landeten, den Eindruck zu wecken trachtete, als sei es sein gutes Recht, ohne gültigen Paß und entsprechende Fahrkarte hinzureisen, wohin es ihm beliebte. In seiner Anklageschrift verwies der Staatsanwalt auf die Perfidie von Gerd's Verstellungskünsten. Sein

(der Autor: geb. 1943 in Leipzig, 1960 wegen Verunglimpfung des Staatsoberhauptes der DDR Verweisung von sämtlichen Gymnasien der DDR, 1960-63 Ausbildung als Schauspieler, 1963 fristlose Kündigung durch das Staatliche Dorftheater Prenzlau wegen Verletzung der Staatsbürgerpflichten, 1963-64 Verbüßung einer Gefängnisstrafe wegen Wehrdienstverweigerung, 1967 Abitur, 1967-1976 Studium der klassischen Philologie, Germanistik und Psychologie in Halle/S., Budapest und Frankfurt/M., 1968 Emigration nach Ungarn, 1973 nach Frankfurt/M., 1981-85 persona non grata in der DDR, 1985-88 persona non grata in Ungarn, 1994 Rückkehr nach Budapest. Seit 1968 freiberuflich als literarischer Übersetzer ungarischer Werke ins Deutsche, Herausgeber, Publizist und Schriftsteller tätig, circa 70 Buchübersetzungen, eigene Romane: Versucher und Versuchte, auch auf ungarisch bei Kalligram, 2012, Edition Pernobilis, Engelsdorfer Verlag, Leipzig 2008; Die gelöste Zunge, auch auf ungarisch, Alexandra Verlag, 2004, ebd. 2009; Seelenrisse, ebd. 2011, auf ungarisch i.V.)

Museum im Stasi-Bunker

Ehemalige Ausweichführungsstelle des Leiters der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Leipzig

Flurstück 439, 04827 Machern

Besichtigung des Gesamtgeländes, Führungen durch den Bunker

Öffnungszeiten:

jeden letzten Sonnabend und Sonntag im Monat von 13 bis 16 Uhr

Bürgerkomitee Leipzig e.V.

Tel. (03 41) 9 61 24 43

Fax (03 41) 9 61 24 99

Veranstaltungen

28.6. (Fr), 11.00 Uhr:

„**Menschenrechtsverletzungen in DDR-Heimen**“. Buchvorstellung v. Christian Sachse; Veranstaltung d. Leipziger Universitätsverlages u.a.; Ort: Landespressekonferenz Sachsen, Sächsischer Landtag, Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden

29.6. (Sa), 14.00 Uhr:

Das Schalck-Golodkowski-Gold. Herkunft und Verbleib, Vortrag v. Reinhard Dobrinski; Veranstaltung d. Forums zur Aufklärung und Erneuerung e.V.; Ort: Zeitgeschichtliches Forum Leipzig, Grimmische Str. 6, 04109 Leipzig

3.7. (Mi), 19.00 Uhr:

Objekt „Fasan“. Der Stasi-Bunker bei Ostrau. Vortrag u. Gespräch mit Martin Albrecht, BStU; Veranstaltung d. BStU-Außenstelle Halle/Saale u.a.; Ort: Kreisvolkshochschule Anhalt-Bitterfeld, Siebenbrunnenpromenade 31, 06366 Köthen

3.7. (Mi), 21.30 Uhr:

„**Dame, König, As, Spion**“. Filmvorführung in der Reihe „Kino im Freihof 2013: Agentenfilme“ der Gedenkstätte Bautzen u.a.; Ort: Gedenkstätte Bautzen, Weigangstr. 8a, 02625 Bautzen; Eintritt frei

6.7. (Sa), 10.00 Uhr:

Geländeführung. Führung über das Gelände des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit in Berlin-Lichtenberg mit Geschichte und Ausdehnung des Areals bis 1989, Vorstellung der einzelnen Gebäude und der darin tätig gewesenen Dienststellen; Veranstaltung d. BStU, Abteilung Archivbestände; Ort: BStU, Archiv der Zentralstelle, Eingang Haus 7, Ruschestr. 103, 10365 Berlin, Treffpunkt: vor dem Eingang „Haus 7“; Anmeldung unter Tel. (030) 23 24-66 99, Fax (030) 23 24-66 19, E-Mail archivfuehrungen@bstu.bund.de

9.7. (Di), 19.00 Uhr:

„**Erinnerungen an Mähren: Von Neutitschein nach Berlin**“. Edith Kiesewetter-Giese, Präsidentin d. Frauenverbandes d. BdV, liest aus ihrem autobiographischen Buch; Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5-7, 10178 Berlin

10.7. (Mi), 18.00 Uhr:

„**Age of Delirium: The Decline and Fall of the Soviet Union**“. Präsentation eines Dokumentarfilms von David Satter; im Anschluß diskutiert David Satter mit Jörg Baberowski, Prof. für osteuropäische Geschichte an der HU Berlin; Filmvorführung und Diskussion finden in englischer Sprache statt; Veranstaltung d. Bundesstiftung Aufarbeitung; Ort: Bundesstiftung Aufarbeitung, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

Die Toten von Hoheneck

„Republikflucht kommt gleich nach Massenmord“, erklärt Frau Leutnant Dietrich der verängstigten Ellen Thiemann nach ihrer „korrekten“ Meldung zum Haftantritt im berüchtigten Frauenzuchthaus Hoheneck in Stollberg/Sachsen: „Frau Leutnant, Strafgefangene Thiemann meldet sich wegen Republikflucht, Paragraph 100.“ Deren Antwort: „Aha, so eene sind Sie also, schämen Sie sich denn überhaupt nicht? Republikflucht kommt gleich nach Massenmord!“

Thiemann schildert in Ihrem Buch „Wo sind die Toten von Hoheneck?“, daß sie es nicht mehr aushielt mit den politischen Verhältnissen in der DDR. Deshalb plante sie, mit Ehemann und Kind 1972 in die Bundesrepublik zu flüchten. Die Flucht wurde verraten. Thiemann mußte mit ansehen, wie man ihren Sohn aus dem Kofferraum des Fluchtautos herausholte. Sie wurde verhaftet. Schreckliche Verhöre erlebte sie in der Stasi-Haftanstalt in Berlin-Hohenschönhausen. Später stellte sich heraus, daß ihr eigener Ehemann und ihre beste Freundin Stasi-Spitzel waren und sie verraten hatten.

Ellen Thiemann wurde 1972 verurteilt und mußte zwei Jahre in Hoheneck absitzen, wo Zwangsarbeit geleistet werden mußte unter übelsten Bedingungen. Man war den Grausamkeiten und Demütigungen seitens des meist weiblichen Anstaltspersonals hilflos ausgesetzt, und unter den Gefangenen gab es Spitzel. Zu den ohnehin schweren Arbeitsbedingungen bei schlechtem Essen, äußerst primitiver Unterbringung sowie der Isolierung von den Angehörigen kam Psychofalter aus den eigenen Reihen. Zu wissen, daß Kinder entweder in Heime gesteckt oder zwangsadoptiert wurden – eine besondere Perfidie der Margot Honecker, die heute in Chile gute Rente vom „Klassenfeind“ bezieht und der Welt erklärt, daß die DDR das Paradies auf Erden war –, war grausam. Gern wurden in Hoheneck zwangsweise Psychopharmaka verabreicht an sogenannte renitente Häftlinge. Unbefristete Dunkel-Einzelhaft in den feuchten Katakomben des „Schlosses“, auch in Wasserzellen, mußten viele erleiden.

Das Zuchthaus Hoheneck in Stollberg wurde 1945 bereits von der sowjetischen Besatzungsmacht genutzt, anfangs auch für Männer, und 1950 mit allen weiblichen Gefangenen an die Volkspolizei übergeben. Die Insassinnen, meist poli-

tische Häftlinge, erwarteten nun erleichterte Bedingungen. Sie mußten feststellen, daß es noch schlimmer kam.

Unzählige Selbstmorde wurden vertuscht, die Toten eingäschert – deren Urnen wurden erst viel später auf dem Dachboden gefunden –, meist ohne Namen. Erst Jahre nach dem Zusammenbruch der DDR wurden sie in einem Ehrengrab auf dem Zentralfriedhof in Chemnitz beigesetzt.

Über die SMT-Zeit (Verurteilungen durch Sowjetische Militär-Tribunale) erfährt man leider wenig. Eine SMTlerin war z.B. die Lyrikerin Edeltraut Eckert, die eigentlich auch in das Buch gehörte. Sie starb qualvoll im April 1955 im Haftkrankenhaus Leipzig-Meusdorf, wohin sie vom Zuchthaus Hoheneck verlegt wurde nach einem schrecklichen Arbeitsunfall. Die gebürtige Oberschlesierin war 1950 in Potsdam zu 25 Jahren Haft bei Zwangsarbeit von einem Sowjetischen Militär-Tribunal verurteilt worden. Edeltraut Eckert durfte zuvor im Zuchthaus Waldheim Gedichte schreiben. Hieraus entstand 2000 das Buch „Vom Leben trennt dich Schloß und Riegel“ von Jürgen Blunck. Sie gehört zu den Toten von Hoheneck, deren Urnen in einem geheimgehaltenen Massengrab beigesetzt wurden.

Ellen Thiemann hat hier eine große Fleißarbeit erbracht. Unermüdlich durchforstete sie Akten, besuchte ehemalige Haftkameradinnen zum Interview. Interessant ist, daß sie viele Decknamen trotz Schwärzung in den Akten durch Insiderwissen in Klarnamen umwandeln konnte und diese auch nennt. Bald nach ihrer Haftentlassung durfte sie in die Bundesrepublik übersiedeln, wo sie sogar noch nach dem Mauerfall 1989 spüren konnte, daß die Krakenarme der Stasi sich nach ihr ausstreckten.

Im Buch finden sich viele interessante Faksimiles, wie z.B. Verpflichtungserklärungen und anderes. Auf 14 von 20 Schwarzweißfotos ist die Autorin zu sehen.



.....
 Ellen Thiemann: *Wo sind die Toten von Hoheneck? Neue Enthüllungen über das berüchtigte Frauenzuchthaus der DDR*. Mit einem Geleitwort von Norbert Lammert; Herbig Verlag 2013, 272 S., 19,99 €

Bürgerliche Existenz vernichtet



Wie erst jetzt bekannt wurde, ist der Physiker Dr. Horst Hiller am 17. Oktober 2010 in Thüringen verstorben. Er wurde 1931 in Parchwitz bei Liegnitz in Schlesien geboren und wuchs nach der Flucht mit seiner Schwester in der Nähe Schmalkaldens in Thüringen auf. Nach dem Abitur studierte er von 1951 bis 1957 Physik in Jena und wurde 1961 an der Technischen Hochschule Dresden promoviert. Zunächst arbeitete er im Werkzeugmaschinenbau in Chemnitz, dem damaligen Karl-Marx-Stadt, später als Computer-Experte am „Institut für Chemieanlagen“ in Dresden. 1971 bekam er „im Kollektiv“ mit Prof. Dr. Max Steenbeck (1904-1981) und zwei weiteren Kollegen den DDR-Nationalpreis I. Klasse für Forschungsarbeiten über die Entstehung kosmischer Magnetfelder.

.....
 Horst Hiller: *Sturz in die Freiheit. Von Deutschland nach Deutschland*, Universitas Verlag 1986, 336 S.; das Buch ist nur noch antiquarisch und bei Online-Händlern erhältlich.

Horst Hiller war parteilos und wußte, daß ihm deshalb eine wissenschaftliche Karriere im SED-Staat versagt blieb. Er unternahm mit seiner Frau einen Fluchtversuch, wurde aber am 17. Mai 1977 am DDR-Grenzkontrollpunkt Marienborn verhaftet

und wegen „Republikflucht“ und „Spionage“ zu achteinhalb Jahren Zuchthaus verurteilt. Er hätte diese außerordentlich hohe Straffhaft nicht antreten müssen, wenn er auf das Angebot der Staatssicherheit zur „inoffiziellen Mitarbeit“ eingegangen wäre. Insofern war die Höhe der Strafe ein kalt berechneter Racheakt. Während der Haft ließ sich auch noch, auf Drängen der Staatssicherheit, seine mitverhaftete Frau von ihm scheiden.

Als er nach sechs Jahren im Zuchthaus Brandenburg im Sommer 1983 freigekauft wurde, war seine bürgerliche Existenz zerstört, sein Fachwissen veraltet, seine Ehe zerschlagen: Er stand vor dem Nichts! In seinem Buch „Sturz in die Freiheit“ (1985) schrieb er: Ich war „ganz allein und bettelarm“. Über dieses Buch, das ich damals las und rezensierte, wurde ich mit ihm bekannt. Nachdem er einige Jahre bei Siemens in Karlsruhe gearbeitet hatte, bekam er eine Abfindung und zog nach Bonn, später nach Mainz. Während dieser Zeit als Rentner hat er noch ein halbes Dutzend weiterer Bücher geschrieben, über Schlesien, über Thüringen oder über die Entstehung des Weltalls. Von Mainz ging er im April 2008 nach Thüringen, wo er aufgewachsen war und wo noch immer seine Schwester lebte. Dort ist er dann zweieinhalb Jahre später gestorben.

Jörg Bernhard Bilke

Umerziehung



(VT)Die Neuerscheinung „Ziel Umerziehung“ untersucht die Menschenrechtsverletzungen in Spezialheimen der DDR-Jugendhilfe zwischen 1945 und 1989 in Sachsen. Es hatte sich als notwendig erwiesen, dies im Detail zu belegen. So hält sich bis in die Gegenwart hartnäckig das Gerücht, die Heime wären eine kostenlose Errungenschaft des Sozialstaates DDR gewesen. Das Gegenteil ist der Fall. Alleinstehende Mütter zahlten bis zu einem Viertel ihres Einkommens, während ihnen das Kindergeld gestrichen wurde. Der Staat vereinnahmte Waisenrenten sowie Ausbildungshilfen

und behielt selbst die Überschüsse oft genug ein. Jugendliche trugen mit ihrem Lehrlingsentgelt bis zu 60 Prozent zur Refinanzierung der Jugendwerkhöfe bei. Betriebe profitierten von billigen Arbeitskräften, die bei Strafe keine noch so unzumutbare Arbeit ablehnen durften. Der Staat dankte es ihnen mit Morgensappellen und vormilitärischer Ausbildung am Nachmittag.

In vielen Einrichtungen der DDR-Jugendhilfe war der Alltag der Kinder und Jugendlichen von Mißachtung elementarer menschlicher Bedürfnisse, Demütigung sowie seelischer und körperlicher Mißhandlung bestimmt. Besonders in den Spezialheimen prägten Zwang und Gewalt das Heimleben. Viele junge Menschen erlitten an diesen Orten Entbehren, die ein Leben lang nachwirken.

.....
 Christian Sachse: *Ziel Umerziehung. Spezialheime der DDR-Jugendhilfe 1945-1989 in Sachsen*, Leipziger Universitätsverlag, Leipzig 2013, 325 S., 19,90 €; erscheint am 28.6.2013

.....

Veranstaltungen

10.7. (Mi), 18.00 Uhr:

Sonderführung „Die Geschichte der Dinge. Exponate erzählen vom Haftschicksal in Potsdam und Workuta“, mit Dr. Ines Reich, Leiterin der Gedenk- und Begegnungsstätte Leistikowstraße Potsdam; Veranstaltung d. Gedenk- und Begegnungsstätte Leistikowstraße Potsdam; Ort: Gedenk- und Begegnungsstätte Leistikowstraße, Leistikowstr. 1, 14469 Potsdam; bitte anmelden unter mail@gedenkstaette-leistikowstrasse.de

10.7. (Mi), 21.30 Uhr:

„Der Spion, der aus der Kälte kam“. Filmvorführung in der Reihe „Kino im Freihof 2013: Agentenfilme“ der Gedenkstätte Bautzen u.a.; Ort: Gedenkstätte Bautzen, Weigangstr. 8a, 02625 Bautzen; Eintritt frei

17.7. (Mi), 21.30 Uhr:

„Romeo“. Filmvorführung in der Reihe „Kino im Freihof 2013: Agentenfilme“ der Gedenkstätte Bautzen u.a.; Ort: Gedenkstätte Bautzen, Weigangstr. 8a, 02625 Bautzen; Eintritt frei

23.7. (Di), 19.00 Uhr:

„Cordula – Die Lotusblume: Eine Liebesgeschichte in den Wirren des Vietnamkrieges“. Buchlesung mit dem Autor Dr. Patrick Thanh Nguyen-Brem; Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5–7, 10178 Berlin

24.7. (Mi), 18.00 Uhr:

Stalins Rache? Deutsche in sowjetischen Lagern 1941–1956. Vortrag v. Dr. Andreas Hilger, Historiker, Begleitprogramm zur Ausstellung „Gulag. Spuren und Zeugnisse 1929-1956“; Veranstaltung d. Deutschen Historischen Museums Berlin; Ort: Deutsches Historisches Museum, Unter den Linden 2, 10117 Berlin

24.7. (Mi), 21.30 Uhr:

„Die Verschwörung. Verrat auf höchster Ebene“. Filmvorführung in der Reihe „Kino im Freihof 2013: Agentenfilme“ der Gedenkstätte Bautzen u.a.; Ort: Gedenkstätte Bautzen, Weigangstr. 8a, 02625 Bautzen; Eintritt frei

25.7. (Do), 14.00–18.00 Uhr:

Wie kann ich meine Stasi-Akte einsehen? Bürgerberatung, Archivführungen, Ausstellungen, Musterakten; Veranstaltung d. BStU-Außenstelle Dresden; Ort: BStU-Außenstelle Dresden, Seiteneingang C, Riesaer Str. 7, 01129 Dresden

30.7. (Di), 9.00–17.00 Uhr:

Wie kann ich meine Stasi-Akten einsehen? Bürgersprechstunde zu den Stasi-Unterlagen; Veranstaltung d. BStU-Außenstelle Frankfurt/Oder; Ort: Technisches Rathaus Cottbus, Raum 3073, Karl-Marx-Str. 67, 03044 Cottbus



30.7. (Di), 16.00 Uhr:

Geschichte lesen. Archivführung und Lesung (17.00 Uhr) aus geheimen Lageberichten des MfS an die Suhler SED-Bezirksleitung; Veranstaltung d. BStU-Außenstelle Suhl; Ort: BStU Außenstelle Suhl, Weidbergstr. 34, 98527 Suhl

31.7. (Mi), 16.00 Uhr:

Jour fixe. Führung, Büchertisch und Gespräche; Veranstaltung d. Gedenk- und Begegnungsstätte Leistikowstraße Potsdam; Ort: Gedenk- und Begegnungsstätte Leistikowstraße, Leistikowstr. 1, 14469 Potsdam

31.7. (Mi), 21.30 Uhr:

„Syriana“. Filmvorführung in der Reihe „Kino im Freihof 2013: Agentenfilme“ der Gedenkstätte Bautzen u.a.; Ort: Gedenkstätte Bautzen, Weingangstr. 8a, 02625 Bautzen; Eintritt frei

Vorschau

17.9. (Di), 18.00 Uhr:

Kultur – Waffe im Klassenkampf oder Bindeglied im geteilten Deutschland? Veranstaltung d. Deutschen Gesellschaft e.V. u.a. in der Reihe „2 × Deutschland. Innerdeutsche Beziehungen 1953–1989“; Ort: Bundesstiftung Aufarbeitung, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

22.10. (Di), 18.00 Uhr:

„Pershing-II“ und „SS-20“. Die Friedensbewegung in Ost und West und die Konfrontation der Blöcke im Kalten Krieg. Veranstaltung d. Deutschen Gesellschaft e.V. u.a. in der Reihe „2 × Deutschland. Innerdeutsche Beziehungen 1953–1989“; Ort: Bundesstiftung Aufarbeitung, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

Ausstellungen

„Gulag. Spuren und Zeugnisse 1929–1956“

Die Ausstellung, erarbeitet von Memorial und der Gedenkstätte Buchenwald, ist bis zum 1. September 2013 zu sehen im Deutschen Historischen Museum Berlin, Unter den Linden 2, 10117 Berlin.

Sie präsentiert zum ersten Mal in Deutschland Spuren und Zeugnisse des sowjetischen Lagersystems, die Memorial seit den 1980er Jahren aus der gesamten Sowjetunion zusammengetragen hat.

„In der Stadt und auf dem Land!“

Der Volksaufstand am 17. Juni 1953 in Brandenburg

Eine Wanderausstellung der Beauftragten des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen kommunistischer Diktatur; noch bis 4. August 2013 zu sehen im Kulturzentrum Rathenow, Märkischer Platz 3, 14712 Rathenow, geöffnet Di bis So 11.00–17.00 Uhr

Da jedoch gerade die Spezialheime von der Forschung bisher nicht ausreichend berücksichtigt wurden, erstellte Autor Christian Sachse im Auftrag der Gedenkstätte Geschlossener Jugendwerkhof Torgau einen Überblick über sämtliche Spezialheime der DDR-Jugendhilfe auf dem Gebiet des heutigen Freistaates Sachsen. Besondere Beachtung erfuhren dabei der Arbeitszwang in den Jugendwerkhöfen und die Lebensqualität in den Spezialheimen. Die schulischen Verhältnisse und Möglichkeiten der beruflichen Ausbildung bildeten einen weiteren Schwerpunkt der Untersuchung, die auch Zeitzeugen zu Wort kommen läßt. Ein ausführlicher Teil enthält Adressen und Beschreibungen dieser Heime. 

Unangepaßt

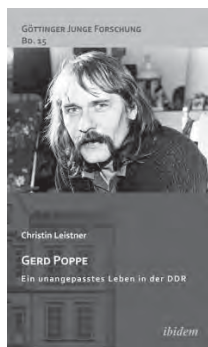
(VT) Warum arrangierte sich die Mehrzahl der Menschen in der DDR mit den Verhältnissen im Staat, während einige wenige das Gegenteil taten: aktive Opposition und Widerstand?

Genau diese Frage untersucht Autorin Christin Leistner exemplarisch anhand der Biographie von Gerd Poppe. Der DDR-Bürgerrechtler zählte als einer der geistigen Väter der Friedlichen Revolution laut Ministerium für Staatssicherheit zum „harten Kern der Feinde des Systems“ und war eine der meistbespitzelten Personen der DDR.

In ihrer Studie erforscht Leistner die Hintergründe zur Entstehung politischer Dissidenz und liefert Einblicke in das Alltagsleben politischer Nonkonformisten in der DDR. Zugleich hat sie damit die erste umfangreiche Biographie zu einem der bedeutendsten Vordenker der DDR Opposition verfaßt.

Christin Leistner, geboren 1985 in Lichtenstein, hat Diplom-Sozialwissenschaften an der Georg-August-Universität Göttingen studiert und war von 2005 bis 2012 Mitarbeiterin am Göttinger Institut für Demokratieforschung.

.....
Christin Leistner: Gerd Poppe – Ein unangepaßtes Leben in der DDR, ibidem Verlag 2013, Heft 15 der Reihe „Göttinger Junge Forschung“, 210 S., 29,90 €



Der BSV Berlin-Brandenburg gratuliert seinen Mitgliedern, die im Juli Geburtstag haben

Siegfried Raßbach am 1. Juli, Evelyn Trunschke-Krüger am 4. Juli, Asnath Boggasch, Werner Jahn, Michael Teltz, Otto Wienke am 5. Juli, Hartmut Rührdanz am 7. Juli, Lotte Ohnezeit, Herbert Pfaff am 8. Juli, Theo Mittrup am 14. Juli, Jutta Liefeldt am 16. Juli, Irene Gobereit am 17. Juli, Christel Hofmann am 19. Juli, Sigrid Lorenz am 20. Juli, Chris Milcke am 21. Juli, Helmut Kuhn, Monika Munski am 24. Juli, Jürgen Kurt Wenzel am 25. Juli, Ute Gorge-Waterstraat am 26. Juli, Hans-Joachim Wolf am 28. Juli, Heinz Keller am 29. Juli Auch allen nicht genannten Lesern, die Geburtstag haben, gratuliert herzlich

die Redaktion

UOKG-Beratungsstelle

Ruschestr. 103, Haus 1
10365 Berlin
Fax (030) 55 77 93 40

Florian Kresse, Jurist, Mo-Fr, 10-12 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 53
E-Mail kresse@uokg.de

Carola Schulze, Mo-Fr, 12-14 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 52
E-Mail schulze@uokg.de

Katrin Behr (Thema DDR-Zwangsadoption),
Mo-Fr, 14-16 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 54
E-Mail behr@uokg.de

Für persönliche Beratungen wird die telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom LStU Berlin.

Kerstin Kuzia (Thema DDR-Heime u. JWH,
in enger Zusammenarbeit mit der Berliner
Anlaufstelle „Fonds Heimerziehung“),
Do 11-16 Uhr
Tel. (030) 57 79 87 39
E-Mail kuzia@uokg.de

Beratungsstelle des BSV-Fördervereins

Ruschestr. 103, Haus 1
10365 Berlin
Tel. (030) 55 49 63 34
Fax (030) 55 49 63 35
E-Mail bsv-beratung@gmx.de

Elke Weise, Juristin
Di 9-18 Uhr, Mi u. Do 10-16 Uhr

Heidi Kulik
Di u. Do 8-15 Uhr, Mi 9-17 Uhr

Für persönliche Beratungen wird telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom LStU Berlin.

Herzlich danken wir allen, die für den STACHELDRAHT gespendet haben

Ursula Brückner, BdV-LV Baden-Württemberg, Peter G.M. Feige, Helmut Felbrich, Ursula Feustel, Robert Flotow, Klaus Grunert, Joachim Hauptmann, Johanna Höfer, Hans Joachim Kaiser, Dr. Eberhard Kempf, Norbert Koy, Alois Kuhn, Jobst Kühne, Eva u. Heinz Lehmann, Hugo Leimeister, Horst Lindemuth, Rolf Lohse, Annemarie Lüdicke, Dr. Ulrich Möllmann, Torsten Müller, Lotte Ohnezeit, Manuela Polaszczyk, Otto Proennecke, Detlev Putzar, Eike Christine Radewahn, Angela Röschlein, Bernd Dieter Salamon, Katharina Scheuermann, Siegbert Schmolke, Dr. Walter Schöbe, Wolfgang Scholze, Sylwester Seraczek, Erika Steinz, Gabriele Streckfuß, Kerstin Walther, Matthias Wehner, Peter Wiesenbauer, Ruth Wilms, Thomas Wünsche

Stacheldraht-Konto: BSV Förderverein, Konto-Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG, Verwendungszweck „Stacheldraht-Spende“

Das Zitat

Geschichte – Eine zumeist unzutreffende Darstellung zumeist unwichtiger Ereignisse, herbeigeführt durch Herrscher, die in den meisten Fällen Schurken, und durch Soldaten, die in den meisten Fällen Narren sind.

Ambrose Bierce

Bund der Stalinistisch Verfolgten e.V. (BSV) LV Berlin-Brandenburg

Vorsitzender: Viktor Gorynia

Sprechzeiten: Mi 9–17 Uhr

BSV-Förderverein für Beratungen

Geschäftsstelle: Ruschestraße 103, Haus 1

10365 Berlin

Telefon (030) 55 49 63 34

Fax (030) 55 49 63 35

E-Mail: bsv-beratung@gmx.de

Konto: BSV-Förderverein

Berliner Bank AG, BLZ 100 708 48

Nr. 665 52 45 00

Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG)

Bundesvorsitzender: Rainer Wagner

Leiter der Geschäftsstelle: Theo Mittrup

Sprechzeiten: Mo–Fr 16–18 Uhr

Tel. (030) 55 77 93 51, Fax -40

Sprechzeiten der UOKG-Beratungsstelle S. 19

Ruschestraße 103, Haus 1

10365 Berlin

Internet: www.uokg.de

E-Mail: Info@uokg.de

UOKG-Spendenkonto: Nr. 7342728,

Deutsche Bank, BLZ 100 700 24

Redaktion DER STACHELDRAHT, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin

PVSt. Deutsche Post AG. Entgelt bezahlt

13017#000#0412

Impressum DER STACHELDRAHT

Herausgegeben von der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG) und dem BSV-Förderverein für Beratungen e.V.

Redaktion: Sybille Ploog, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Tel. (030) 55 77 92 30, Fax (030) 55 77 92 31,

E-Mail: der-stacheldraht@web.de

Konto für Abo und Spenden: BSV-Förderverein, Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG,

BIC (SWIFT) DEUT DE DB110, IBAN DE58 100 708 480 6655245 01

BUNDESSTIFTUNG
AUFARBEITUNG



Gefördert von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Herstellung: Satzherstellung Werner Neymanns, Föttinger Zeile 15, 12277 Berlin, Tel. (030) 70 24 22 24,

E-Mail: neymanns@satzherstellung.com, Internet: www.satzherstellung.com

Verkaufspreis 1,- Euro

Auflagenhöhe 10 000

Bezug über die Redaktion

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht jedoch in jedem Fall die der Herausgeber, des Fördermittelgebers oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Eine nicht sinnentstellende Bearbeitung eingereicherter Texte behält sich die Redaktion vor. Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 6. Juni 2013

